

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

19. Sitzung
5. Januar 2023

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.15 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zwischenbilanz der Berliner Strategie gegen
Kinder- und Familienarmut**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0136](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Kinderarmut wirksam entgegentreten, wann
handelt der Senat endlich?**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0095](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Zu den Punkten 2 a und 2 b haben wir einvernehmlich eine Anhörung vereinbart. Ich gehe davon aus, dass wie üblich die Erstellung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Als Anzuhörende vor Ort begrüße ich recht herzlich Frau Dr. Sandra Born, zuständig für die fachliche Steuerung Kinderarmut Prävention im Bezirksamt Lichtenberg, Herrn Torsten Krause, Abteilungsleiter Politische Kommunikation im Deutschen Kinderhilfswerk e. V., sowie Frau Andrea Möllmann-Bardak, Leitung des Projekts „MitWirkung – Perspektiven für Familien, Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.“, und sie ist auch für die Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung zuständig. Ebenso begrüße ich recht herzlich digital zugeschaltet Frau Dr. Antje Richter-Kornweitz, Expertin im Bereich Präventionsketten und Kinderarmutsprävention sowie ehemalige Programmleiterin Präventionsketten Niedersachsen, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V., und sie war auch am 5. Dezember beim Workshop der Senatsverwaltung ansprechbar. Ich begrüße zudem Herrn Bernd Siggelkow, Vorstand „Die Arche“-Kinderstiftung, christliches Kinder- und Jugendwerk. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Wir kommen nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu 2 a. – Für die Koalitionsfraktionen Frau Seidel, bitte!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich glaube, die Begründung des Besprechungsbedarfs ist in diesem Fall sehr einfach. Wir wissen, dass Berlin ein Land mit einer hohen Quote an Kinder- und Familienarmut ist. Sie beläuft sich bei minderjährigen Kindern in der Regel auf ungefähr ein Drittel. Die Zahlen schwanken ein wenig. Ich will Ihnen jetzt die Zahlen ersparen. Sie sind für alle einsehbar. Deshalb hat sich das Land Berlin bereits in der letzten Legislatur auf den Weg gemacht, hier eine feste Struktur zu installieren, die strategisch und zielstrebig auf Dauer angelegt ist und die sich dieses Themas annimmt. Das ist unsere Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut, die in der letzten Legislatur ressortübergreifend gearbeitet hat, und zwar in Lenkungsgruppen und Arbeitsgruppen über alle Ressorts, die im Senat in Berlin arbeiten, hinweg. Denn Kinder- und Familienarmutsbekämpfung ist nur ressortübergreifenden und land- und bezirksübergreifend möglich.

Diese Kommission hat nun eine Strategie erarbeitet und einen großartigen Bericht vorgelegt, worin beschrieben ist, wie das funktionieren kann. Frau Schefels hat uns hier dankenswerterweise einen winzig kleinen Auszug ausgeteilt. Zum Ende der letzten Legislatur erschien dieser Bericht mit einem umfassenden Handlungsleitfaden, mit umfassenden Argumenten. Aus diesem Bericht ging hervor, dass es nicht primär darum geht, an dieser oder jener Stelle mit der Gießkanne Geld zu verteilen, sondern darum, die Strukturen, die wir hier in Berlin haben, die Präventionsketten, die es in vielen Bezirken bereits gibt, und die Anknüpfungspunkte, die wir haben, miteinander zu verbinden, die Präventionsketten, die da sind, kenntlich zu machen und Best-practice-Beispiele deutlich zu machen, nach oben zu ziehen und transparent zu machen, sprich eine Verknüpfung aller bereits gut laufenden Maßnahmen zu vollziehen.

Ich freue mich sehr, dass es uns als Koalition gelungen ist, in den letzten Haushaltsberatungen hierfür 1 Million Euro bereitzustellen, die über die Globalsummen in die Bezirke fließt, um Koordinierungsstellen genau für diese Arbeit zu erschaffen.

Zum Stand der Umsetzung, was die Koordinierungsstellen betrifft, wird nachher vielleicht noch einiges berichtet. Es würde mich auch interessieren, wie dort der Stand der Dinge ist. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass hier so eine gute Arbeit vorgelegt wurde. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, die daran beteiligt waren, bedanken, allen voran Frau Schefels und vielen anderen in den Senats- und Bezirksverwaltungen. Vielen Dank dafür! – Das war es erst einmal. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wunderbar! – Dann hat Frau Dr. Jasper-Winter nun den Besprechungsbedarf für den Punkt 2 b zu begründen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Eine Strategie zu haben, ist das eine, die Handlungsempfehlungen in den Handlungsfeldern umzusetzen, ist das andere. Deshalb würden wir diesen Punkt, der sehr wichtig für Berlin, die Familien und die Kinder ist, gerne besprechen. Wir wissen, dass man in Berlin davon ausgeht, dass jedes vierte Kind beziehungsweise jeder vierte Jugendliche in Armut lebt oder von Armut betroffen ist. Da wird allein von 155 000 Kindern in Berlin gesprochen. Das muss man sich noch einmal vor Augen führen. Damit ist in erster Linie die monetäre Armut, aber nicht die weitere Armut gemeint. Wir haben hier einen großen Handlungsbedarf. Deswegen ist es so wichtig, dass wir zwar jetzt auch noch mal in Kurzfassung die Strategie in Papierform ausgeteilt bekommen haben, aber wir müssen auch endlich ins Handeln kommen. Wir müssen vom Senat wissen, welche ersten Punkte in den Handlungsfeldern umgesetzt wurden und wie die weitere Umsetzung ist.

Denn, wie die Kollegin Seidel sagte, es ist nicht nur eine Frage der Strategie, sondern die Hilfen müssen auch wahrgenommen und besser koordiniert werden, und sie müssen auch von den Betroffenen besser angenommen werden. Ein großer Punkt ist, dass wir Hilfsmaßnahmen, auch Bildungsmaßnahmen, wie Bildungs- und Teilhabepakete, haben, diese aber nur von einem Teil der betroffenen Familien der Kinder und Jugendlichen in Anspruch genommen werden. Deswegen machen wir in unserem Antrag einen Vorschlag für eine Chancen-App, mit der man die Leistungen digital aus diesen Paketen abrufen können soll. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir wissen das nur 57 Prozent derjenigen, die einen Anspruch haben, tatsächlich auch auf Bildungs- und Teilhabepakete zugreifen. Das kann nicht so bleiben. Auch das ist ein ganz wichtiges Handlungsfeld, wo wir Bürokratie und Hemmnisse abbauen und die Hilfe einfacher handhabbar machen müssen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank für die Begründung der Besprechungsbedarfe! – Für die einleitende Stellungnahme des Senats übergebe ich nun an die Senatorin.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich denke, das ist ein Thema, bei dem wir uns ja alle einig sind. Wir freuen uns über jeden Schritt, den wir in die richtige Richtung gehen, denn die Zahlen sind wirklich alarmierend, was wir hier in Berlin an Kinderarmut haben. Die gesamtstädtische Armutsprävention ist wichtiger denn je. Es gibt die Berliner Strategie gelten Kinder- und Familienarmut – das ist ein Gesamtpaket –, und die

wurde im August 2021 vom Senat beschlossen. Wir arbeiten gerade auf verschiedenen Ebenen an ihrer Umsetzung. Die Strategie besteht aus zwei Kernelementen, den 15 strategischen Zielen in den verschiedenen Handlungsfeldern – materielle Versorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Teilhabe – sowie den fünf strategischen Leitlinien, die den Rahmen für die Umsetzung der Ziele bilden. Klare Zielvorgaben zeigen an, was erreicht werden muss, damit unsere Kinder hier gute Chancen haben.

Im letzten Jahr standen der Aufbau und die Stärkung der integrierten bezirklichen Strategien im Mittelpunkt, wo es um die konkrete Armutsprävention vor Ort geht. Erste Schritte haben wir mit allen zwölf Bezirken verabredet, aber für den Aufbau der bezirklichen Arbeitsstrukturen braucht man noch einen langen Atem. Die meisten Bezirke folgen der Empfehlung unserer Senatsverwaltung, eine Koordinierungsstelle für Kinderarmutsprävention einzurichten. Das muss aus dem Stellenpool des Bezirks erfolgen. Drei Bezirke werden zunächst ein ressortübergreifendes Kernteam bilden. Die Aufgabe besteht in der Koordinierung verschiedener Angebote, einer größeren Übersicht und mehr Transparenz für das Thema. Die Koordinierungsstellen sollen das Thema auf die bezirkliche Agenda bringen und ressortübergreifende Aktivitäten in den Bezirken ermöglichen. Das ist der einzige sinnvolle Weg hin zu einer dauerhaften, erfolgreichen Armutsprävention.

Unterstützt – das muss man ja bei allem Neuen – werden die Koordinierungsstellen und auch die Kernteams durch eine Prozessbegleitung des Teams „MitWirkung“, das überwiegend durch die Auridis Stiftung finanziert wird. Erfahrung mit ähnlichen Vorhaben liegen aus Niedersachsen und NRW vor. Über die Mittel der Geschäftsstelle erhalten die bezirklichen Koordinierenden Sachmittel für die Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung und kleinere Datenerhebungen sowie Beteiligungsformate. Für die bessere Verzahnung bezirklicher Strategien gegen Kinder- und Familienarmut mit der Landesebene wird es regelmäßig überbezirklichen Austausch und Vernetzungstreffen geben.

Die Geschäftsstelle der Landeskommission vergibt auch regelmäßig Studien, um das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. 2022 ist die Expertise „In Armut aufwachsen während Krisenzeiten“ zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die Lebenssituation von armen Kindern und Jugendlichen erschienen. Hier lag der besondere Schwerpunkt auf Kindern und Jugendlichen, die eine Behinderung haben.

Im Rahmen der Gremienarbeit der Landeskommission wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Land Berlin auch durch die regelmäßige Durchführung von Fachtagungen – um eine noch bessere Vernetzung zu erhalten.

Um das alles zu schaffen – das ist mir besonders wichtig – müssen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, denn die sind erst einmal die wichtigste Voraussetzung zum Gelingen unserer Vorhaben. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Wir kommen nun zu unserer Anhörung. Wir machen das normalerweise alphabetisch und fangen deshalb mit Frau Dr. Born an. – Bitte!

Dr. Sandra Born (Bezirksamt Lichtenberg): Guten Tag! Vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich, Ihnen einen kurzen Bericht aus dem Bezirk Lichtenberg geben zu können. Ich hatte die Aufgabe bekommen, 2019 damit zu beginnen, eine kindbezogene Präventionskette für Kinder von 0 bis 18 Jahren gegen Armut aufzubauen. Schon bei der ersten Analyse der Daten ist auffällig gewesen, dass diese zwar relativ gesunken sind, aber absolut gesehen steigen die Zahlen. Bei uns liegen sie aktuell bei 13 500, obwohl die Zahlen im relativen Bereich sinken. Das hängt mit Zuzügen und Geburten zusammen.

Wir sind mit einem gemeinsamen Konzept gestartet, mit einer breiten Diskussion in der Bezirksverordnetenversammlung. Auf Basis dieses Konzepts und des Beschlusses wurden verschiedene Gremien eingesetzt. Kinderarmutskonferenzen fanden jetzt erst einmal – bedingt durch die Pandemien – alle zwei Jahre statt. Wir sind mit einer Konferenz gestartet, auf der wir von dem Konzept des Lebenslang-Modells ausgegangen sind, sodass wir ebenfalls die Armutsdimensionen Bildung, Gesundheit, existenzielle Versorgung und soziale Teilhabe als Basis und Grundlage nehmen für die Arbeitsgruppen. Diese Arbeitsgruppen sind der Kern unserer Angebots- und Bedarfsanalysen. Wir sind von diesen inhaltlichen Punkten ausgegangen. Das war 2020. Und wir haben bis heute etliche Arbeitsgruppensitzungen durchgeführt. Wir sind ungefähr 50 bis 60 Personen, Akteurinnen und Akteure aus allen Bereichen, also ressortübergreifend, ebenenübergreifend, aus der Zivilgesellschaft, aus der Hochschule. Wir sind breit vorangegangen und haben viele gute Ideen entwickelt, an denen wir festgehalten haben und wo wir einen Sinn sehen, strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Ich möchte kurz skizzieren welche das sind, sodass Sie einen Überblick haben: Aktuell möchte ich dazu sagen, dass wir von „MitWirkung“ gut im Prozess begleitet worden sind. Das heißt, zu allen Arbeitsgruppen fanden im letzten Jahr entsprechende Tagesworkshops statt. Das waren intensive Tage, an denen wir die Themen, die wir aufgegriffen haben, weiter in der Tiefe und Breite diskutiert haben. – Ich skizziere Ihnen die Themen gleich. – Zum Ende des Jahres fand noch einmal ein größerer Veranstaltungsrahmen zur Erreichung neuer Kreise aus dem Gewerbebereich, der Wirtschaftsförderung et cetera statt, um auch hier dieses Thema noch breiter zu setzen und entsprechend zu verankern. Es liegt aktuell ein integriertes Handlungskonzept mit allen Analysen, mit Ausgang, mit Perspektiven vor. Insofern ist das hier fundiert aufgesetzt.

Jetzt werde ich kurz die Themen skizzieren: Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“ sind wir der erste Bezirk, der in Vorleistung gegangen ist, sogenannte Schulgesundheitsfachkräfte zu etablieren. Wir haben drei Schulgesundheitsfachkräfte ausgesucht, die jeweils an zwei Schulen sind. Damit haben wir ein Tandem, sodass wir sechs Schulen für drei Schulgesundheitsfachkräfte haben, die damit versorgt sind. Damit wollen wir das Thema Gesundheitskompetenz in den Fokus stellen. Was wir sehr wichtig finden und fachlich völlig unumstritten ist – Es gibt andere Bundesländer, die das haben. In Hessen und Brandenburg hat die Entwicklung noch einen etwas anderen Dreh bekommen. Das ist aber auf jeden Fall fachlich sinnvoll. Die sind jetzt erst einmal bis zum Ende des Jahres begrenzt. Wir kämpfen jetzt darum, dass die Entfristung stattfindet beziehungsweise berlinweit – Das Thema kann nicht auf einen Bezirk begrenzt sein. Das Thema Gesundheitsförderung ist allumfassend zu sehen. Es geht um Resilienzstärkung. Es geht darum, Ansprechpartner in einer Schule zu sein, die sich auch künftig multiprofessionell aufstellen sollte. Daran sind Schulgesundheitsfachkräfte genauso beteiligt wie Schulsozialarbeiter et cetera. Das ist einfach der Trend der Zukunft. Wir haben versucht, dazu einen ersten Beitrag zu leisten.

In der Arbeitsgruppe „Armut und soziale Teilhabe“ geht es in erster Linie im breiten Konzept um den Aufbau einer Kinderstadt. Das hat etwas mit dem Stichwort Inklusion zu tun. Hier soll eine Simulation von Erlebnissen geschaffen werden, eine Erlebnispädagogik, wo die Kinder einen Zugang zu einem Rahmen bekommen, der sie befähigt, gute Entscheidungen im Leben zu treffen. Viele Städte haben Kinderstädte: Lübeck, Kiel, München et cetera. Wir haben auch viel Kontakt zu denen aufgenommen. Wir sehen hier einen Bedarf und haben Träger in der Arbeitsgruppe, die sich eine solche Arbeit vorstellen können, die das gemeinsam stemmen könnten. Das Budget ist hier allerdings der Dreh- und Angelpunkt.

In der Unterarbeitsgruppe „Bildung- und Teilhabepaket“ haben wir das, was gerade auch die Senatorin angesprochen hat. Hier geht es auch um Endbürokratisierung und darum, die Chancen und die Inanspruchnahme zu erhöhen. Das ist aus unserer Sicht total verbürokratisiert. Das müsste entschlackt werden. Wir stehen kurz vor der Entwicklung der Kindergrundsicherung. Insofern haben wir hier große Diskussionen geführt und würden einen inhaltlichen Beitrag leisten, den wir vorbereitet haben, ohne jetzt weiter in die Tiefe zu gehen.

Beim Thema „Armut und existenzielle Versorgung“, Schuldenprävention an Schulen, stellen wir uns vor, dass das Thema Finanzkompetenz von Anfang an sowohl im Setting Kita als auch an der Schule eine größere Breitenwirksamkeit erfährt und das hier entsprechend eine Koordinationsstelle geschaffen werden sollte, die sich darum kümmern sollte, solche Themen monetärer Art in den Fokus zu stellen und die Kinder und Jugendlichen entsprechend vorzubereiten: Wie ist ein Vertrag aufgebaut? Wie komme ich erst gar nicht in Schulden rein? Wie komme ich wieder raus, wenn ich drin bin? – Das sind viele grundsätzliche Fragen. Wir haben festgestellt, dass die Schuldenberatung oft den Zeitanteil an Prävention überhaupt nicht hat. Das finden wir sehr schade. Sie haben teilweise nicht mehr die Zeit, an solchen Arbeitsgruppen teilzunehmen. Wir finden, da muss es eine Lösung geben.

Zuletzt zur Arbeitsgruppe „Armut und Bildung“: Da haben wir das Thema Jugendmentoring herausgearbeitet. Gerade in diesen krisenhaften Zeiten sind wir der Meinung, dass es eine verankerte Koordinationsstelle geben sollte, um die Schulfähigkeit zu fördern. Wir sind der Meinung, das könnte zum Beispiel auch einen Beitrag zur Senkung der Schulabbrecherquote leisten. Hier würden wir auf gute Erfahrungspraxis von „kein Abseits! e. V.“ et cetera zurückgreifen. Das sind Vereine, die viel Erfahrung und Expertise haben. Das würden wir gerne unterstützen.

All diese Themen kosten letztendlich Geld. Wir stellen uns auch eine neue AG „Planungsvernetzung“ vor, weil wir auch ein konzeptionelles Monitoring aufsetzen möchten, um Aussagen über die Wirkung zu treffen. Wenn wir Budget irgendwo reingeben, möchten wir auch wissen, was herauskommt beziehungsweise ob das bei der Zielgruppe ankommt. Denn wir denken von Anfang an kindzentriert. Das ist unser Anliegen.

Wir haben noch andere Themen, beispielsweise Zahn- und Mundgesundheit oder auch Familienzentren an Grundschulen, aber ich will den Rahmen nicht sprengen. – Soweit erst einmal von meiner Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Dann Herr Krause, bitte!

Torsten Krause (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): Herzlichen Dank, Frau Haußdörfer! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin Busse! Vielen Dank für die Einladung zu dem Gespräch! Ich denke, dass wir zu den Zahlen gar nicht so viel sagen müssen. Das ist eingangs in den Begründungen erfolgt. Ich glaube, grundsätzlich ist das bekannt. Betonen möchte ich noch einmal, dass wir über die Zeitverläufe erkennen, dass Kinderarmut ein strukturelles Problem ist und wir anhaltend hohe Quoten mit leicht steigenden Tendenzen in dem Bereich haben. Das ist bundesweit so und in Berlin noch ein Stückchen höher. Das ist hier auch schon besprochen worden. Das hat vielfältige Auswirkungen auf die Gesundheit und auf Bildungs- und Entwicklungschancen. Insofern begrüßen wir als Kinderhilfswerk, dass sich der Senat eine Strategie gegeben und die Landeskommission eingerichtet hat, um diese Themen landesweit zu bearbeiten, in Kooperation mit den Bezirken Fortschritte zu machen und das auch finanziell zu unterstützen. Das, was Frau Dr. Born für Lichtenberg vorgestellt hat, finden wir im Grundsatz den richtigen Weg, nämlich die Präventionsketten zu stärken, ganz konkrete Baustellen anzugehen und Maßnahmen zu ergreifen.

Auf Bundesebene – das nur kurz am Rande erwähnt – setzen wir uns gemeinsam mit vielen verschiedenen anderen Organisationen dafür ein, dass eine Kindergrundsicherung eingeführt wird. Aber man darf nicht außer Acht lassen, dass neben den individuellen Ansprüchen und Leistungen, die damit zur Verfügung gestellt werden, wir auch infrastrukturelle Leistungen und Grundlagen brauchen. Das ist genau das Thema, womit Sie sich hier befassen. Da sind die Schulgesundheitsfachkräfte und auch das Beispiel der Kinderstädte ganz gut.

Ich will das Augenmerk aber noch auf einen anderen Aspekt lenken, der hier auch auf der Tagesordnung steht, nämlich die Einführung einer Teilhabe-App oder eines Berlinpasses. Das Deutsche Kinderhilfswerk hat in der Vergangenheit gemeinsam mit anderen Einrichtungen eine Studie durchgeführt, die deutlich gezeigt hat, dass Teilhabepasssysteme geeignet sind und in den Kommunen einen guten Anklang finden, um Leistungen ganz fokussiert den Menschen zukommen zu lassen, die davon profitieren können. Wenn wir das in Form einer App versuchen, in der staatliche wie private Angebote gebündelt werden, die zielgerichtet zur Verfügung gestellt werden, dann, so glauben wir, stoßen wir auf große Vorteile, und zwar einerseits hinsichtlich der Bekanntheit der regionalen Angebote, nämlich das, was mit viel Engagement entwickelt und vorgehalten wird.

Andererseits kann man über dieses Teilhabepass- und App-Wesen eine Reduktion von Stigmatisierung gut voranbringen, weil, wenn ich ein Angebot annehme, an der Kasse und von den Menschen drumherum, die mit mir in der Schlange stehen, nicht mehr ersichtlich ist, ob ich das vergünstigt oder kostenfrei zur Verfügung gestellt bekomme. Außerdem erhöhen entsprechende Apps, wenn sie gut gestaltet sind, die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, um die es in dem Fall ja geht. Und – weil vorhin das Thema Datenauswertung anklang – wir – in dem Fall Sie – erlangen natürlich Kenntnisse über die Inanspruchnahme von Angeboten. Damit kann man zielgerichtet nachsteuern, wo Bedarfe sind, wo vielleicht Bekanntheitslücken sind oder wo Motivationsunterstützung gegeben werden muss, um bestimmte Sachen in Anspruch zu nehmen.

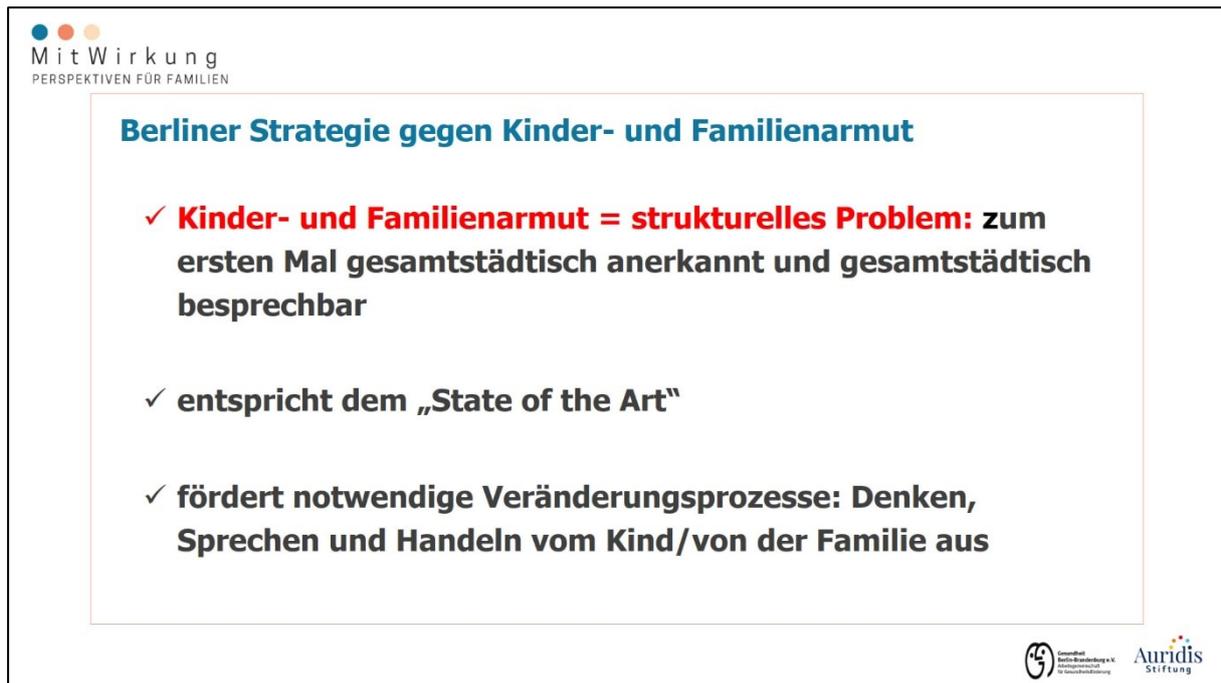
Ein anderer Aspekt, der sich mit einer solchen App verbindet, ist natürlich, dass wir an der Lebenswirklichkeit junger Menschen anknüpfen und wir damit ganz nah bei ihnen sind. Vielleicht ein Bonmot am Rande: Die Zahl der Kinder, die sich statt Taschengeld digitale Währung, insbesondere Robux, wünschen, steigt an. Insofern kann man solchen Aspekten damit niedrigschwellig nachgehen.

Wichtig wäre, dass die Grund-App kostenfrei zur Verfügung gestellt wird und dass der Datenschutz bei all dem berücksichtigt wird. Das ist an der Stelle ein Spannungsfeld, weil wir einerseits Angebote ganz zielgerichtet zuwenden wollen und Kenntnisse über die Inanspruchnahme haben wollen, andererseits in der Ausgestaltung aber schauen müssen, dass am Ende nicht kindscharf nachvollzogen werden kann, was da passiert.

Insgesamt begrüßen wir, dass sich der Senat dieser Aufgabe widmet, dass Sie da mit Engagement herangehen. Das, was Sie beschrieben haben, fand ich, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen oder die Notwendigkeit in Abrede stellen zu wollen, war sehr auf Verwaltungsarbeit, auf Strukturen und die entsprechenden Prozesse ausgerichtet. Das ist unbestritten wichtig und die Grundlage für alles, was da kommt. Aber wenn wir sehen, dass seit 20 Jahren und länger Kinder in Armut aufwachsen, dann ist es auch angezeigt, dass wir sehr zügig an Punkte kommen, wo junge Menschen dann auch von den Prozessen profitieren können, damit wir diese Ketten durchbrechen. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Als Nächste ist Frau Möllmann-Bardak dran, und sie hat uns eine Präsentation mitgebracht.

Andrea Möllmann-Bardak (MitWirkung – Perspektiven für Familien, Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.): Vielen Dank! – Ich freue mich, dass ich hier sein und meine Expertise einbringen kann. Ich bin Projektleiterin von „MitWirkung – Perspektiven für Familien“. Frau Senatorin Busse hatte es schon eingangs erwähnt: Wir arbeiten schon lange an dem Thema Präventionsketten, nämlich seit ungefähr zehn Jahren. Wir arbeiten mit den Berliner Bezirken daran, solche Präventionsketten aufzubauen. In den letzten drei Jahren hatten wir durch die Förderung der Auridis Stiftung die Möglichkeit, mit fünf beteiligten Bezirken das Thema „Wirkungsorientierung und Armutssensibilität“ genauer unter die Lupe zu nehmen, nämlich die Frage, was bei Kindern, Jugendlichen und Familien tatsächlich ankommt. Wir haben gute Erfahrungen gemacht und gute Erkenntnisse gewonnen, die wir im Weiteren, in der Umsetzung der Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut sehr gut nutzen können. Wir werden also die zwölf Bezirke dabei begleiten, diese integrierten bezirklichen Strategien gegen Kinder- und Familienarmut auf- und auszubauen.



Mit Wirkung
PERSPEKTIVEN FÜR FAMILIEN

Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut

- ✓ **Kinder- und Familienarmut = strukturelles Problem: zum ersten Mal gesamtstädtisch anerkannt und gesamtstädtisch besprechbar**
- ✓ **entspricht dem „State of the Art“**
- ✓ **fördert notwendige Veränderungsprozesse: Denken, Sprechen und Handeln vom Kind/von der Familie aus**

Ich bringe noch einmal meine ganz ausdrückliche Freude darüber zum Ausdruck, dass es die Landeskommision und diese Strategie gibt. Ich arbeite schon sehr lange hier in Berlin. Ich lebe sehr lange in Berlin. Es ist das allererste Mal, dass Kinder- und Familienarmut tatsächlich im Titel steht und dass es einen starken Fokus darauf gibt, dass da unbedingt etwas getan werden muss. Das heißt nicht, dass nicht schon etwas getan wird. Es ist schon viel im Gange. Aber so ausdrücklich ist das noch nie erwähnt worden, und das auch noch auf Landesebene. Das ist ein riesengroßer Erfolg, auch wenn sich das erst einmal banal anhört. Das schafft ein Mindset dafür, worum es hier in Berlin eigentlich geht, wie wir hier in der Stadt zusammenleben wollen. Wir müssen darauf schauen, wie wir es schaffen, inklusiv zu leben, wie wir mehr Chancen für Kinder, Jugendliche und Familien in Armutslagen schaffen können. Dass das besprechbar wird, merken wir tagtäglich in unsere Arbeit mit den Fachkräften in den Berliner Verwaltungen auf Landesebene, auf Bezirksebene, in den Einrichtungen und Organisationen. Armut ist ein sehr ambivalentes Thema. Alle sagen: Ja! –, und trotzdem bedeutete es etwas, etwas dagegen zu tun. Das bedeutet, ein anderes Mindset aufzusetzen und zu sagen: Ja, wir sind dafür, dass es mehr gleiche Chancen für Kinder, Jugendliche und Familien in Armutslagen gibt.

Die Berliner Strategie entspricht absolut dem State of the Art. Wenn wir bundesweit, aber auch international gucken – dazu wird vielleicht gleich noch einmal Frau Dr. Richter-Kornweitz etwas sagen –, dann sind wir mit der Berliner Strategie absolut auf dem richtigen Weg. Das ist richtungsweisend. Das ist eine gute Orientierung. Das ist eine gute Grundlage, um jetzt die richtigen Schritte zu gehen. Ich sage einfach nur: Weiter so! Wir haben mit der Berliner Strategie eine gute Grundlage, und da muss es jetzt unbedingt weitergehen. Wir müssen auf dem aufbauen, was es schon gibt, aber wir müssen noch ein Stück weiterkommen.

Zu dem, was Herr Krause zum Schluss gesagt hat: Ich denke, dass die Berliner Strategie Veränderungsprozesse fördert, und zwar in Richtung der Bedarfe, aber auch die Ressourcen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Armutslagen zu denken und nicht, in Strukturen zu

denken. Wir haben das versäulte System. Wir denken in Struktur Bildung, in Struktur Jugend, in Struktur Gesundheit und in Struktur Arbeit. Aber das bringt uns überhaupt nicht weiter. Wir müssen gucken, was Kinder, Jugendliche und Familien brauchen, und müssen dann die Strukturen anpassen. Das heißt, bereichsübergreifende Zusammenarbeit ist ein riesengroßes Stichwort. Da ist schon viel im Gange. Da gibt es schon sehr gute Beispiele. Aber da ist noch Luft nach oben, und wir müssen noch einmal gucken, was das für die Ressortegoisten auf bezirklicher Ebene und auf Landesebene bedeutet. Was die Berliner Strategie kann, ist tatsächlich, diese Perspektivwechsel hinzubekommen, was Kinder, Jugendliche und Familien brauchen, und von da aus zu arbeiten. Diese Arbeit, da so heranzugehen, begleiten wir als Team „MitWirkung“.


MitWirkung
PERSPEKTIVEN FÜR FAMILIEN

Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut – wo stehen wir aktuell?

in den Bezirken:

- ✓ hohes politisches Commitment: Alle 12 Jugendstadträt*innen sagen: „Wir sind dabei!“
- ✓ engagierte Führungs- und Fachkräfte: „Wir wollen Wandel!“
- ✓ Integrierte bezirkliche Strategien gegen Kinder- und Familienarmut:
 - ✓ bezirkliche Ziele und Schwerpunkte benannt
 - ✓ anschlussfähig an bestehende Strukturen (z. B. „Präventionsketten“, Frühe Hilfen, Netzwerke AE, GI, QM, etc...)
 - ✓ Einrichtung Koordinationen/Kernteam: Ko-Laboration, Ko-Operation, Ko-Ordination
 - ✓ BA-Beschlüsse in Planung
- ✓ **Wirkungsorientierung + Armutssensibilität:** Was kommt bei Kindern/Familien in Armutslagen tatsächlich an? Wen erreichen wir (nicht)? Wie müssen wir Strukturen und Angebote anpassen?

Frau Senatorin Busse hat schon kurz erwähnt, was jetzt passiert ist. Ich spreche von der bezirklichen Ebene, weil wir diese begleiten. Es ist überwältigend. Alle zwölf Jugendstadträtinnen und Jugendstadträte haben gesagt: Wir sind dabei. – Ein so großes politisches Commitment habe ich selten in meiner Arbeit hier in Berlin erfahren. Es ist ein riesengroßer Erfolg, dass da ein so großes politisches Commitment vorhanden ist. Es gibt viele neue Jugendstadträtinnen und Jugendstadträte. Das ist vielleicht noch einmal dieser frische, neue Blick darauf, wirklich auf die Punkte zu gucken. Es ist total anerkannt, dass da etwas getan werden muss. Und da wird auf schon etwas getan.

Bei den Führungs- und Fachkräften gibt es teilweise einen hohen Erschöpfungsgrad, denn die Krisen sind da, der Fachkräftemangel ist auf allen Ebenen da. Auf allen Ebenen wird gesagt: Wir wollen den Wandel; wir wollen anders miteinander arbeiten; wir wollen endlich etwas erreichen. – Wir erleben sehr viele engagierte Führungs- und Fachkräfte auf allen Ebenen, die sich jetzt dahinterklemmen und sagen: Ja, da muss es nach vorne gehen.

Ein Kernelement der Berliner Strategie ist der Auf- und Ausbau von integrierten bezirklichen Strategien gegen Kinder- und Familienarmut. Man kann sagen, dass alle Bezirke ihre bezirklichen Schwerpunkte benannt und sich Ziele gesetzt haben. Die Ziele entsprechen dem Zielsystem der Berliner Strategie. Natürlich guckt man in den Bezirken genau hin. Kein Bezirk kann von der Wiege bis zum Übergang in die Ausbildung alles gleichzeitig bearbeiten. Es werden jetzt erst einmal Schwerpunkte gesetzt. Die Jugendstadträtinnen und Jugendstadträte und die Fachkräfte in den Bezirken haben einen sehr guten Überblick, wo es hakt, wo es fehlt, was getan werden muss. Da werden sie jetzt ansetzen.

Das Schöne ist, dass man in Berlin nicht bei Null und auch nicht auf der grünen Wiese anfängt, sondern dass es anschlussfähig an all das ist, was es schon gibt, an all die Strukturen, die es schon gibt: Präventionsketten, frühe Hilfen, Netzwerke Alleinerziehende, Gemeinschaftsinitiative, Quartiersmanagement. Der Gesamtüberblick ist da, und da wird auch ange- setzt. Es gibt in keinster Weise Anzeichen für Parallelprozesse oder parallele Strukturen, sondern das wird schon zusammengedacht.

Es werden Koordinierungen oder Kernteams eingerichtet. Auch bei denen guckt man, wie man die in den Bezirken gut anbinden kann, wo das am meisten Sinn macht. In dieser Arbeit geht es um Kollaboration, um Kooperation und Koordination. Es geht um das gemeinsame Arbeiten. Das ist das Wichtige daran.

Wir als Prozessbegleitung werden einen starken Akzent auf das Thema Wirkungsorientierung und Armutssensibilität legen. Es wird immer wieder darum gehen zu überprüfen, ob das, was in den Bezirken an Angeboten, an Maßnahmen geplant und umgesetzt wird, tatsächlich bei den Familien ankommt. Das ist jetzt der springende Punkt. Das ist ein Stück weit die Prüffrage. Damit wird sich beschäftigt. Ich kann aus der Erfahrung der letzten drei Jahre sagen, dass diese Fragen sehr gut beantwortet werden können, aber auch schmerzhaft sein können, wenn man erkennt: Da haben wir tatsächlich Familien vergessen. Mit unseren Angeboten, die wir geplant und aufgesetzt haben, erreichen wir nur einen Teil der Kinder, Jugendlichen und Familien.



Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut – Herausforderungen

- **„Langer Atem“:** Kinder- und Familienarmut in Berlin verfestigt, braucht Zeit
- **„Aus Angst wird Mut“:** politisch und gesellschaftlich eintreten für eine offene, solidarische Stadtgesellschaft
- **„Es lohnt sich!“:** resiliente Berliner Strukturen und mehr Chancengleichheit sind gut für ALLE Berliner*innen



Was brauchen wir wirklich? – Wir brauchen wirklich einen langen Atem. Diese Situation, die wir gerade in Berlin haben, hat sich sehr lange aufgebaut und verfestigt. Wir brauchen einen langen Atem, um diese Umkehr hinzubekommen. Deshalb wird es in zwei Jahren Schritte geben, aber es wird nicht fertig sein. Wir lassen uns mit der Berliner Strategie auf die nächsten 5, 10, 20 Jahre ein, bis wir sehen können, wie das wirkt. Das ist die Erfahrung, die es in allen anderen Bundesländern auch gibt.

Aus Angst wird Mut: Ich möchte dazu ermuntern. Wir brauchen weiterhin das Eintreten für eine offene und solidarische Stadtgesellschaft. Die Krisen und Unsicherheiten sind da. Da wird sehr schnell reflexartig geguckt, wer die Schuldigen sind. Das können wir uns hier in Berlin nicht erlauben. Berlin wird immer eine Stadt sein, die offen ist, in die viele Menschen ziehen, in der es immer Besonderheiten gibt. Wir brauchen weiterhin diese Solidarität.

Ich möchte mitgeben, dass es sich lohnt. Resiliente Berliner Strukturen sind für alle gut. Das Thema Chancengleichheit ist für alle Berlinerinnen und Berliner gut. Wir hören oft: Wir können doch jetzt nicht nur noch etwas für die Armen machen. – Darum geht es gar nicht. Es geht darum, tatsächlich weniger Ungleichheit in dieser Stadt zu schaffen. Die Ungleichheit ist in dieser Stadt gewachsen, und wir müssen schauen, dass wir die Ungleichheit abbauen.



Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut – Forderungen

- Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen verbessern!
- mehr Anstrengungen auf Landesebene für Verbesserung von Einkommen bzw. Vereinbarkeit Familie-Beruf für Familien in Armutslagen
- Prinzip „Chancengleichheit“ als gesetztes Ziel verankern: in Politik, Verwaltung, Familienförderung, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen
- finanzielle Ressourcen für gute Ansätze/Bausteine: schnell und unkompliziert
- nachhaltige Finanzierung von Geschäftsstelle der LK Armut, Koordinierungsstellen und Prozessbegleitung der Bezirke



Ich komme dazu, wo aus meiner Sicht noch etwas Kraft investiert werden könnte: Das ist die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Senatsverwaltungen. Das muss sich unbedingt verbessern. Da sind sich alle einig. Aber wer tut es? Wer gibt Geld? Da zeigt man mit dem Finger auf die anderen. Wir müssen dahin kommen, dass sich das noch verbessert. Das geht auf den anderen Ebenen schon ein bisschen besser, auf der bezirklichen, der lokalen Ebene so wieso gut.

Anstrengungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verbesserung der Einkommen wurden schon angesprochen.

Das Prinzip der Chancengleichheit ist ganz wichtig. Das muss verankert werden. Da sind wir noch nicht angekommen. Was heißt es wirklich, gleiche Chancen für Kinder und Familien in Armutslagen herzustellen? Das ist ein Thema, das wir noch durchkauen und besprechen müssen und nach dem wir handeln müssen.

Irgendwann braucht man dafür auch Geld. Man braucht finanzielle Ressourcen, um gute Bausteine zu haben und Lücken zu füllen. Das muss schnell und unkompliziert sein. Das darf kein Flickwerk werden.

Wir machen uns auf den Weg, und deswegen ist auch die nachhaltige Finanzierung der Geschäftsstelle der Landeskommission, der Koordinierungsstellen und der Prozessbegleitung vonnöten. Wir machen einen neuen Prozess. Das ist ein miteinander und voneinander Lernen. Wir bringen gute Bausteine auf den Weg. Das braucht Ressourcen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Wir kommen jetzt zu Frau Dr. Richter-Kornweitz. Sie hat auch eine Präsentation dabei. Die Präsentationen sind dann wie üblich im Protokoll enthalten.

Dr. Antje Richter-Kornweitz (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.) [zugeschaltete]: Ich komme aus Niedersachsen, und vorhin wurde gebeten zu berichten, was in Berlin passiert ist. Das erwartet man sicher nicht von einer Niedersächsin. Was ich aber beitragen kann – nachdem ich die übrigen Beiträge gehört habe –, ist eine Zusammenfassung der wichtigen Punkte, die verschiedentlich im Lauf des Nachmittags genannt wurden. Ich kann auch die leitenden Aspekte nennen, die für die Umsetzung unseres Programms in Niedersachsen entscheidend waren. Wir haben in den vergangenen sechseinhalb Jahre in 22 niedersächsischen Kommunen, Städten und Landkreisen Präventionsketten aufgebaut. Ich kann dazu sagen – weil das gerade verschiedentlich angeklungen ist –, dass das etwas sehr Praktisches ist, auch wenn es auf den ersten Blick sehr abstrakt wirken kann. Und es geht in vielen dieser Kommunen, in denen wir gearbeitet haben, sehr zügig voran. Wenn es um den Aufbau der Strukturen geht, ist es natürlich notwendig, gründlich vorzugehen und niemanden zu übergehen, alle an Bord zu holen. Es ist auch sehr zielführend, gleichzeitig mit konkreten praktischen Angelegenheiten zu starten, um zu vermitteln, dass es darum geht, dass etwas beim Kind und bei den Familien ankommt.

**„Was braucht das Kind für ein Aufwachsen in Wohlergehen?“
bietet Orientierung für wirksame Armutsprävention**

„Aufwachsen in Wohlergehen aller Kinder“ ist übergeordnetes kinder- und jugendpolitisches Ziel.

Es vereint soziale, gesundheitliche, entwicklungspsychologische, pädagogische, planerische Aspekte – und die Aufgaben einzelner Ressorts.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf.

Integrierte bezirkliche Strategien bieten dafür passende Lösungen.

Sie sind als Bestandteil der Daseinsvorsorge zu sehen – für gleichwertige Lebensverhältnisse.



Richter-Kornweitz & / Bismark, K., Systematischer Auf- und Ausbau einer Präventionskette, Werkstatt Präventionsketten, 2013, Hannover, unter CC BY-SA 4.0

Dr. Antje Richter-Kornweitz

Was braucht das Kind für ein Aufwachsen in Wohlergehen? Diese Frage bietet Orientierung für wirksame Armutsprävention. Diese Frage geht darauf ein, dass Kinder materielle Teilhabe, darüber hinaus aber auch soziale, gesundheitliche und bildungsbezogene Teilhabe brauchen. Das gilt für alle Kinder. Es ist niemand ausgeschlossen. Es gibt viele Kinder, die in gesicherten finanziellen Verhältnissen aufwachsen und trotzdem in schwierigen Situationen stecken können. Sie brauchen Unterstützung und Förderung wie alle anderen auch. Aber insbesondere geht es um Kinder, die in Armut aufwachsen, das heißt um Kinder, die zu wenig für diese Teilhabe in den verschiedenen Bereichen haben. Und es geht immer auch um das Wohlergehen ihrer Eltern. Denn für die Kinder ist es sehr wichtig, dass es den Eltern gut geht. Das beeinflusst entscheidend ihre gute Entwicklung.

Es ist so, dass die Krisen der letzten Jahre sichtbar gemacht haben, dass die Teilhabe aller Kinder nicht gegeben ist. Gerade im letzten Jahr hat sich die Situation vieler Kinder und Familien noch verschärft. Deshalb ist das Aufwachsen in Wohlergehen aller Kinder als übergeordnetes kinder- und jugendpolitisches Ziel zu verstehen. Es vereint die verschiedenen sozialen, gesundheitlichen, entwicklungspsychologischen, pädagogischen und auch planerischen Aspekte. Und es vereint auch die Aufgaben einzelner Ressorts. Es führt eigentlich weg von der Handlungslogik einzelner Ressorts, nur auf das zu schauen, was für das einzelne Ressort wichtig erscheint, und weg von dem „jeder macht nur seins“. Es ist nicht etwas, wofür oder wogegen man sich entscheiden kann, sondern Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf. Es ist ihr Recht, sich in einem gelingenden Aufwachsen im Wohlergehen bis zum Ende der Kinder- und Jugendzeit entwickeln zu können. Es ist die Aufgabe unserer Gesellschaft, die Rechte der Kinder zu wahren und ihre Chancen auf diese Teilhabe gleich und gerecht zu verteilen. Das dauert ein Kinderleben lang. Von daher ist das, was Frau Möllmann-Bardak eben auch sagte, wir sollten für die nächsten 15 bis 20 Jahre denken, genau das Richtige, denn es geht nicht nur darum für zwei bis drei Jahre eine gute Situation bereitzustellen, sondern die Herausforderungen werden immer bestehen und eventuell sogar wachsen.

Integrierte bezirkliche Strategien bieten dafür passende Lösungen. Wir sagen in Niedersachsen: integrierte kommunale Strategien zur Prävention und Gesundheitsförderung. Wir haben diese passenden Lösungen tatsächlich gefunden. Wichtig war, dass man diese Lösungen immer wieder neu anpassen muss. Das wird auch für die Berliner Bezirke und auch die einzelnen Sozialräume in Berlin gelten. Es gibt keine One-size-fits-all-Lösung, sondern man muss immer wieder schauen, was gebraucht wird, wie die besondere Situation ist und was man eigentlich tun muss, um den Bedarf zu erfüllen. Und man muss schauen, wie der Bedarf eigentlich aussieht. Das braucht etwas Zeit. Das ist ganz klar. Aber wenn man das zufriedenstellend und qualitativ gut getan hat, dann entsteht ein Feuerwerk an vielen guten Ideen und Maßnahmen, die noch nicht einmal unbedingt Geld kosten müssen. Manchmal geht es einfach nur darum, den Blick zu öffnen, hinzuschauen, bestimmte Lücken wahrzunehmen und Veränderungen vorzunehmen. Das ist vielleicht schon vielen Leuten aufgefallen, aber sie konnten das noch nicht an den richtigen Mann oder die richtige Frau bringen.

Integrierte kommunale Strategien führen also Ämter, Institutionen, Träger und Fachkräfte zusammen. Sie bringen Übersicht in die Angebotslandschaft und verzahnen sie auch. Sie entdecken bürokratische Hürden. – Einiges ist ja schon genannt worden. – BuT ist ein klassischer Fall. Das kennen wir in Niedersachsen auch. Sie entdecken die Hürden für die gewünschte Inanspruchnahme von Maßnahmen, sie schließen gravierende Lücken, und sie lösen Probleme an Schnittstellen. Sie führen dazu, dass unwirksame Maßnahmen erkannt und bedarfsgerechte eingeführt werden, und sie passen all das konkret an. Es geht um gemeinsames Wirken. Das ist der zentrale Begriff. Um zu diesem gemeinsamen Wirken zu kommen, braucht es den Perspektivwechsel, das neue Paradigma, was vielleicht im ersten Moment etwas abstrakt erscheint, aber im Endeffekt im höchsten Maß praxisorientiert, spezifisch und passgenau ist – eben durch die Zusammenarbeit und die Perspektiven vieler Menschen, die daran mitwirken.

Wichtig ist dabei, den Finger immer am Puls zu haben, wirkungsorientiert vorzugehen und die Wirkung im Blick zu haben entlang der Frage, was beim Kind ankommt. Das haben wir in Niedersachsen sehr stark betont und sehr stark daran gearbeitet, indem alle Kommunen, die sich an unserem Programm beteiligen – – Ich kann vielleicht zwischendurch sagen, dass wir momentan eine Verstetigungsquote von mehr als einem Drittel haben. Die Anzeichen deuten

darauf hin, dass es noch mehr sind, die verstetigt werden. Die Frage nach dem wirkungsorientierten Vorgehen haben alle Kommunen beantwortet. Wir können sehr viel dazu sagen, wo einzelne Kommunen stehen. Von daher kann man integrierte bezirkliche Strategien, wie sie in Berlin auch genannt werden, als Bestandteil der Daseinsvorsorge sehen, und sie sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse.

**Wirksames Vorgehen erfordert Armutssensibilität auf allen Ebenen:
Individuell, institutionell und strukturell**

Prävention wird aktiv gestaltet, anstatt auf Defizite zu reagieren.

Präventive Leistungen werden als Pflichtaufgabe verstanden.

Sie basieren auf Bedarf und Bedürfnissen – nicht auf der Handlungslogik einzelner Ressorts.

Es können nur Maßnahmen Wirkung erzielen, die tatsächlich bei Kindern, Jugendlichen und Familien ankommen.

Wirkungsorientierung und reflexive Steuerungsmodelle sind daher selbstverständliche Handlungsgrundlagen.

*Die „Kette“ wirkt, nicht die Einzelteile.
Es geht um collective impact, um Gemeinsam Wirken!*

Dr. Antje Richter-Kornweitz

Es erfordert Armutssensibilität auf allen Ebenen, nicht nur individuell, weil es hier nicht um individuelles Versagen geht – die Zahlen sind ja genannt worden –, sondern um ein strukturelles Problem. Ein kleines Beispiel: Oft ist es schon die Tatsache, Kinder zu haben, die in die Armut führt und die es schwer macht, wieder herauszukommen. Daher reicht es nicht, verhaltensorientiert anzusetzen. Es reicht auch nicht, am Einzelfall anzusetzen. Es reicht auch nicht, an institutionellen Konzepten zu arbeiten, sondern es muss auf allen drei Ebenen vorgegangen werden. Gelingendes Aufwachsen für alle zu verwirklichen, erfordert, im Lebensalltag zu wirken und die vielen Bereiche anzuschauen, sie zu strukturieren, genau hinzuschauen, anzuerkennen, welche Abhängigkeiten es gibt, und nicht in den Denk- und Handlungslogiken einzelner Bereiche hängen-zubleiben.

Man kann das auf die einfache Formel bringen: Prävention wird aktiv gestaltet, anstatt auf Defizite zu reagieren. Präventive Leistungen sind Pflichtaufgabe und werden als solche verstanden. Sie basieren auf Bedarf und Bedürfnissen. Da wird ganz genau hingeschaut, es werden viele Daten zusammengeführt, und wo notwendig werden neue Daten erhoben. Es ist wichtig, dass auch das aus der Perspektive verschiedener Fachbereiche beurteilt wird, um passende Konzepte zu entwickeln. Und es ist ganz wichtig, dass nur Maßnahmen Wirkung erzielen können, die tatsächlich bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ankommen.

Ich kann bestätigen, was Frau Möllmann-Bardak sagte, dass es manchmal auch schmerzhaft Prozesse sind, die man durchläuft, weil manche Maßnahmen vielleicht doch nicht die Wirkung erzeugen, die man sich erhofft und gewünscht hat, und dann geht es darum umzusteuern. Diese Bereitschaft zum Umsteuern ist sehr wichtig. Daher geht es auch darum, reflexiv zu agieren, Prozesse partizipativ-induktiv zu begleiten und Steuerungsmodelle auszurichten.

Ein wichtiger Punkt – neben vielen Beispielen, die ich aus Niedersachsen auf Nachfrage gerne noch nennen kann – In der Region Hannover gibt es 1,4 Millionen Einwohner. Das ist nicht mit Berlin vergleichbar. Aber wir haben dort auch Städte, die ähnliche Problemlagen haben. Da gibt es sehr viele kreative Lösungen. Ein wichtiger Punkt, der noch nicht genannt wurde, ist, dass nicht nur das Engagement der Fachkräfte auf lokaler Ebene entscheidend ist. Auch die Rahmenbedingungen entscheiden über den Erfolg. Es ist wichtig zu signalisieren, dass das, was hier getan wird, langfristig eine Perspektive hat. Es ist wichtig, das Fachkräften auf unterschiedlichen Ebenen zu vermitteln, um dieses Engagement zu erhalten. Man hat häufig die Erfahrung gemacht, dass viel Herzblut in die Entwicklung neuer Konzepte gesteckt wurde, die dann nach relativ kurzer Zeit doch wieder eingestellt wurden. Das sollte auf keinen Fall passieren.

Nicht nur das Engagement der Fachkräfte, auch Rahmenbedingungen entscheiden über den Erfolg

„Der kommunale Wille muss vor Ort da sein und politisch abgesichert werden! Politik und Verwaltung dürfen sich nicht selbst aus der Pflicht nehmen.“

Dezernent für Jugend, Bildung, Arbeit, Soziales und Kultur*

Die Entwicklung integrierter Strategien zur Armutsprävention ist (auch) Führungsaufgabe.

Ebenso wichtig wie finanzielle und Personalressourcen ist ein reflexives und partizipativ geprägtes Steuerungsverständnis, das Raum für Dialog auf allen Ebenen lässt.

Es geht um Nachhaltigkeit, um ein mittel- bis langfristiges Vorhaben, das verbindliche Rahmenbedingungen braucht.

Weitere Bundesländer verankern bereits Armutsprävention systematisch in ihren Kommunen:

Baden-Württemberg: 23

Niedersachsen: 22

NRW: 121

Hessen: Start 2023

Thüringen: Start 2023

Dr. Antje Richter-Kornweitz

*Positionen-Präventionsketten verankern, LVG&AFS, Hannover 2021, S. 5

Wichtig ist, dass der kommunale Wille vor Ort vorhanden ist, und es muss politisch abgesichert werden. Politik und Verwaltung dürfen sich nicht selbst aus der Pflicht nehmen. Hier kann man „kommunal“ natürlich durch „bezirklich“ ersetzen. Dieses Signal muss in die Stadtlandschaft gehen, um Engagement und Motivation nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter zu verstärken.

Die Entwicklung dieser integrierten Strategie zur Armutsprävention ist auch Führungsaufgabe. Ich würde sogar sagen, sie ist zu allererst eine Führungsaufgabe. Ebenso wichtig wie finanziellen und personellen Ressourcen sind ein reflexives und partizipativ geprägtes

Steuerungsverständnis und Raum für Dialog auf allen Ebenen. Und es geht um Nachhaltigkeit, nicht um kurzfristige Lösungen, sondern um ein mittel- bis langfristiges Vorhaben, das verbindliche Rahmenbedingungen braucht.

Soweit ich es verstanden habe, sind alle Berliner Bezirke bereit, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen. Damit steht Berlin im Bundesvergleich sehr gut da. Auf der letzten Folie können Sie weitere Bundesländer sehen, die Armutsprävention bereits systematisch und flächendeckend verankern. Das sind aktuell Baden-Württemberg, das mittlerweile in der Hälfte seiner Kommunen entsprechend unterwegs ist. In NRW sind es 121. Das klingt sehr viel, ist aber ein gutes Drittel der Kommunen. Die Zahl für Niedersachsen habe ich genannt. Hessen und Thüringen starten 2023. Berlin steht also gut da und kann über die Grenzen des Bundeslandes hinaus leuchten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Herzlichen Dank! – Dann ist jetzt Herr Siggelkow dran. – Bitte!

Bernd Siggelkow („Die Arche“ Kinderstiftung, Christliches Kinder- und Jugendwerk) [zugeschaltete]: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es großartig, dass Sie sich das Thema Kinderarmut so deutlich auf die Fahnen geschrieben haben. Damit beginnt das Jahr für mich sehr positiv, denn ich bin ja einer, der sich für das Thema Kinder und Kinderarmut sehr stark macht. Die „Arche“ gibt es jetzt im 28. Jahr. Wir haben in Berlin sechs Einrichtungen, 30 in Deutschland, eine in der Schweiz und eine in Polen. Wir erreichen jeden Tag alleine in Berlin ungefähr 2 000 Kinder plus deren Familien und deutschlandweit ungefähr 10 000. Ein Junge in der „Arche“ hat mal gesagt: Wir sind nicht arm, wir haben nur kein Geld. – Eigentlich hat er es ganz gut auf den Punkt gebracht, denn wir reden ganz viel über finanzielle Armut. Die sagt aber eigentlich gar nicht so viel über das Problem von Kindern aus. Ich glaube, das viel größere Problem ist die emotionale Armut, der viele Kinder ausgesetzt sind. Aber nichtsdestotrotz muss man gerade finanzielle Armut bekämpfen.

28 Jahre Kampf gegen Kinderarmut bedeutet natürlich auch, dass wir gesehen haben, dass sich die Armut bei Kindern verdreifacht hat, obwohl die Geburtenzahlen zurückgegangen sind. Kinderarmut hat demzufolge leider auch sehr viele Facetten. So gehen arme Kinder ganz häufig in Schulen in Ballungsgebieten und sind dort großen Herausforderungen ausgesetzt. Wir sehen es durch Corona. Wir haben mittlerweile Lerncoaches an Schulen eingesetzt, die Kinder aus dem Unterricht nehmen und parallel dazu fördern, damit sie überhaupt noch mitkommen. Eine Facette ist auch der begrenzte Wohnraum, in dem viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben, was häufig zu großen Problemen führt. Das hat auch zur Folge, dass die Chance, aus der Armut herauszukommen, sehr gering ist. Wir brauchen in Deutschland mittlerweile vier Generationen, bis Menschen aus der Armut herauskommen. Deswegen ist es so wichtig, etwas gegen die Bekämpfung von Kinderarmut zu tun.

Als „Arche“ haben wir ein Leitmotiv: nicht programmorientiert arbeiten, sondern kindorientiert. All die Dinge, die hier in Form von Projekten und Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Vernetzung vorgestellt worden sind, sind, glaube ich, der richtige Ansatz. Wenn wir das aus der Sicht des Kindes sehen und schauen, wie Bildung für unsere Kinder verbessert werden kann, wie Teilhabe verbessert werden kann – –

Mir ist bewusst, dass in vielen Familien das Internet leider so langsam ist, weil man sich das schnelle Internet nicht leisten kann, dass die Kinder mit digitalen Endgeräten und Medien nicht so gut umgehen können, wenn sie für die Schule etwas machen müssen. Viele arme Familien kommen aus der bildungsfernen Schicht. Das heißt, sie sind noch nicht einmal in der Lage, eine E-Mail-Adresse einzurichten. Wir haben gerade durch Corona gemerkt, dass viele Kinder am Homeschooling gar nicht teilnehmen konnten, weil sie nicht in der Lage waren, die Randbedingungen zu erfüllen, die andere Kinder haben.

Hilfe muss immer direkt beim Kind ankommen. Wir fordern schon seit mehr als drei oder vier Jahren diese Chancen-App, über die Sie heute sprechen, eine Bezahl-App, die dazu dient, dass die Hilfe direkt beim Kind ankommt. Ich glaube, darum muss es gehen. Wir haben in der Vergangenheit in vielen Familien mit Geld Löcher gestopft. Da ging der Kühlschrank kaputt, da kam das Geld nicht direkt beim Kind an. Wir haben viel über das Bildungs- und Teilhabepaket gesprochen, 150 Euro, die ausreichen sollen, dass ein Kind, das schulisch nicht richtig mitkommt, außerschulisch gefördert wird, obwohl außerschulische Nachhilfe schon 10 Euro die Stunde kostet. Da bleiben gerade 15 Stunden, um das Kind zu fördern.

Diese Erfahrung machen wir leider in jeder Einrichtung. Wenn bei uns ein neuer Mitarbeiter anfängt, stellen ihm alle Kinder die gleiche Frage: Wie lange bleibst du? – Das ist auf der einen Seite schön, auf der anderen Seite ist es aber auch eine Not. In unserem System fehlen Menschen, die über viele Jahre nachhaltig am Kind arbeiten. Viel wurde in der Vergangenheit mit Projektförderungen gestemmt. Dann waren Sozialpädagogen für ein Projekt ein oder zwei Jahre in der Einrichtung, waren dann wieder weg, und die Ansprechpartner fehlten für unsere Kinder. Bei dem ganzen Thema der Kinderarmutsbekämpfung oder der Bekämpfung der Armut muss es tatsächlich darum gehen, dass man nachhaltig dranbleibt, dass man mit den gleichen Menschen an zentralen Punkten arbeitet, das heißt, in den Schulen. Wir merken das. Viele unserer Mitarbeiter arbeiten mittlerweile über zehn Jahre in unseren Einrichtungen und haben natürlich ein unglaubliches Vertrauensverhältnis zu den Kindern aufgebaut.

Wir brauchen eine Grundsicherung für Kinder, die beim Kind ankommt. Das heißt, wir brauchen ein besser ausgestattetes Bildungssystem. Wir reden heute in dieser Sitzung genau darüber. Wir brauchen aber auch Hilfen, die direkt beim Kind ankommen, gerade, wo wir jetzt die Inflation haben, wo es für viele Familien extrem schwierig geworden ist, sich zu ernähren, sich das Nötigste zu leisten, selbst, wenn es Zuschüsse in vielen Bereichen gibt. Sie wissen sicherlich, dass selbst die Tafeln in vielen Ballungsgebieten überhaupt keine neuen Menschen aufnehmen. Wir merken das bei uns. Wir haben allein in Berlin 200 neue Kinder innerhalb eines Jahres. Das heißt, das sind mindestens 70, 80 Familien, die zu uns kommen und sagen: Wir brauchen Unterstützung, weil wir bei der Tafel die Unterstützung nicht bekommen. Die haben keine Ressourcen mehr für uns. – Dieses Problem wird wachsen. Natürlich spricht man über eine Grundsicherung. Natürlich spricht man über Bürgergeld, aber auch das gleicht nur die Inflation aus.

Es ist ganz wichtig, beim Thema Kinderarmut direkt hinzuschauen, was tatsächlich dem einzelnen Kind in seiner Situation hilft. Deswegen braucht es zur Armutsbekämpfung auch einen durchlässigen Kinderschutz, eine Telefonnummer, die sich jeder merken kann, die schon in jeder Schule weitergegeben wird und die nicht mit Geld behaftet sein muss, sondern es

braucht eine kostenlose Telefonnummer, die man sich gut merken kann, wo Kinder im Notfall schnell anrufen können. Wir haben bei Corona sehr viele erschreckende Beispiele gesehen, die sehr negativ waren.

Wir brauchen nicht nur Projektförderung, das hatte ich eben schon gesagt, sondern wir brauchen viel mehr Nachhaltigkeitsförderung. Wir brauchen an den Schulen bessere Ausstattungen von Menschen, die sich um das einzelne Kind kümmern. Mit unseren Menschen, die direkt am Kind arbeiten, die die Kinder aus dem Unterricht nehmen, um sie parallel zum Unterricht zu fördern, merken wir, wie viel Sozialkompetenz den Kindern in erster Linie fehlt, natürlich auch der Lernstoff. Wenn wir unsere Kinder fragen, was sie einmal werden wollen, dann sagen sie uns drei Berufe. Der erste Beruf ist: Ich möchte gern Superstar werden. – Der zweite ist: Ich möchte „Arche“-Mitarbeiter werden –, und der dritte ist: Hartz IV. – Die Perspektiven, die unsere Kinder haben, machen sich sehr stark an ihren Vertrauenspersonen fest, und da braucht es Menschen, denen die Kinder vertrauen, zu den sie aufschauen, die sie an die Hand nehmen. Wir haben auch das große Problem, gerade bei armen Kindern: Sie haben kaum Selbstvertrauen. Ihnen fehlt manchmal Perspektive und Würde, weil ihre Eltern es ihnen auch nicht mehr so stark vermitteln, denn, das haben wir heute auch schon festgestellt, Kinderarmut geht mit Elternarmut einher, und da braucht es existenzsichernde Arbeitsplätze, gerade für alleinerziehende Frauen, die ein viel größeres Armutsrisiko haben als andere Menschen. Wir brauchen starke Kinder. Das bedeutet aber auch: Wir brauchen starke Familien. Wir können die Kinderarmutsbekämpfung nicht loslösen von der Familienarmutsbekämpfung, und deswegen müssen wir da sehr genau hinschauen. Wir sehen immer mehr Menschen, die in unsere Einrichtungen kommen, die perspektivlos, die hoffnungslos sind, die für sich keine Chance mehr sehen und das auch ihren Kindern suggerieren. Wir haben in den letzten Jahren die sehr erschreckende Feststellung gemacht, dass die Menschen, die zu uns kommen, nicht mehr den Blick in die Zukunft haben, sondern sie schauen nur noch auf das Heute und versuchen, heute alles aus dem rauszuholen, was heute da ist. Sie machen sich keine Gedanken darüber: Schaffe ich meinen Schulabschluss? Was muss ich dafür tun? – Deswegen braucht es Menschen, die sie an die Hand nehmen und sie unterstützen. Da wünsche ich Ihnen allen sehr viel Fingerspitzengefühl zur Bekämpfung der Kinderarmut aus der Sicht des Kindes und nicht nur aus der Sicht des Themas und des Programms. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Siggelkow! – Herzlichen Dank an alle Anzuhörenden für Ihre Berichterstattung! – Ich wollte nur mitteilen: Der Antrag zur Berliner Chancen-App steht nicht auf der Tagesordnung des heutigen Ausschusses, weil er in der letzten Plenarsitzung vertagt wurde. Deshalb ist er nicht an unseren Ausschuss überwiesen worden, so, wie wir es ursprünglich gedacht hatten, ihn heute mitberaten zu können, aber den Inhalt des Antrages haben wir sicher alle vor Augen.

Wir kommen nun zur Beratung. Da dieser Ausschuss viele Ressourcen hat, aber wenig zeitliche Ressourcen, würde ich denken, wir machen eine Rednerinnen- und Rednerrunde. Wir haben uns selbst auf ungefähr drei Minuten verständigt. – Frau Dr. Jasper-Winter, bitte!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde meine Fragen an die Anzuhörenden und auch an den Senat auf den Themenkomplex Bildung und Teilhabe konzentrieren, weil das ganze Thema so vielschichtig ist, zum Beispiel auch Wohnraum betrifft. Da können wir ein Riesenpaket aufmachen. Insofern würde ich mich darauf konzentrieren und dazu Fragen stellen wollen.

Meine erste Frage geht an den Senat: Wir haben in dem Strategiepapier beim Thema Teilhabe und Bildung sehr konkrete Punkte, die sich unmittelbar an den Senat richten. Der erste Punkt ist die Sprachbildung. Wir wissen, dass Kinder, die armutsgefährdet sind, eine viel höhere Gefahr haben, die deutsche Sprache nicht gut zu können. Was sind da die Maßnahmen, die der Senat ergriffen hat? Ich denke an die Sprachförderung in den Kitas. Auch der Erkenntnisgewinn, das Nachhalten, wenn Sprachdefizite da sind, ist ein ganz wichtiges Thema, und das richtet sich unmittelbar an die Senatsverwaltung. Was wurde hier unternommen, und was sind die weiteren Pläne?

Genauso der Punkt später, den ich mir jetzt herausgreife, weil er als Ziel 8 ganz klar im Strategiepapier benannt ist, dass armutsgefährdete Jugendliche die Möglichkeit haben sollen, eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren und dazu durch eine vernünftige Berufs- oder Studienorientierung einen Zugang haben sollen. Das ist eines der Themen, die noch mal ausgewertet werden sollen: Was läuft gut in der schulischen Berufsorientierung, was läuft nicht so gut? – Werden Sie speziell im Hinblick auf armutsgefährdete Kinder und Jugendliche gucken, wie da der genaue Bedarf ist, was da ankommen könnte? Wie ist da der Stand?

Dann zur Teilhabe: Was plant der Senat, damit die BuT-Pakete und -Angebote bei den Familien besser ankommen? Wir haben hier einen Vorschlag gemacht, nämlich eine App. Herr Krause hat es auch noch mal erwähnt. Auf Bundesebene hat die Ampelkoalition ein Kinderchancenportal beschlossen, um neben der monetären Kindergrundsicherung den direkten Zugang zu Bildungs- und Teilhabeangeboten zu vereinfachen, zu entstigmatisieren, per App, vom Handy aus, die Teilhabe am Fußballverein buchen zu können. Wir schlagen für Berlin Modellprojekte vor, mit denen man starten könnte, die man auch gut auswerten könnte. Mich würde die Einschätzung des Senats interessieren, ob das ein Weg ist, wo Sie sich vorstellen können mitzugehen.

An die Anzuhörenden: Herzlichen Dank für die vielen Punkte! Mich würde vieles interessieren, aber ich muss mich angesichts der Zeit konzentrieren. – Herr Krause! Sie sagten in einem Nebensatz, viele Kinder würden gar nicht mehr so gern Taschengeld, sondern die Währung von Roblox bekommen. Das steht für eine Entwicklung nicht nur armutsgefährdeter Kinder, sondern insgesamt. Was würden Sie sagen, wäre da am ehesten vonnöten? Was wäre aus Ihrer Sicht die beste infrastrukturelle Leistung, die tatsächlich ankommen würde? Das ist eine Frage, die ich an alle Anzuhörenden richten würde.

Herrn Siggelkow würde ich gern fragen: Sie haben gesagt, manche Kinder haben gar keine Chance, in der Schule mitzukommen, und die bräuchte noch mehr Menschen, die sich nachhaltig um sie kümmern im Wege eines Schulmentorings oder insgesamt eines fachlich übergreifenden Mentorings. Haben Sie eine konkrete Idee, wie man das organisieren könnte, um diesen fachlich übergreifenden Ansatz, den alle Anzuhörenden gefordert haben, am Kind umzusetzen? – Ich belasse es erst mal dabei. Ich denke, es kommen noch viele weitere Fragen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Seidel, bitte!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen herzlichen Dank auch von meiner Seite an die Expertinnen und Experten für Ihre Ausführungen! – Eine Ausschusssitzung reicht gar nicht aus, um das alles zu bearbeiten und zu bewerkstelligen. Da kann ich mich meiner Vorrednerin gern anschließen.

Ich habe an die Menschen, die heute hier sind und Rede und Antwort stehen, konkrete Fragen und zwei Anmerkungen. Ich habe an Frau Dr. Born eine Frage zu den Gesundheitsfachkräften. Sie sagten, das Projekt ist jetzt angelaufen. Planen Sie eine Evaluation, wenn wir dahingehend denken, dass diese Fachkräfte im Land Berlin vielleicht auch in die Fläche ausgebreitet werden könnten. Das scheint in Brandenburg schon sehr erfolgreich zu laufen. Ich finde das sehr interessant und würde gern wissen, wie Sie das auswerten wollen oder werden.

Das Thema Finanzkompetenz finde ich sehr interessant. Wir haben gerade mit der Verbraucherzentrale in Coronazeiten festgestellt, dass da ein unglaublicher Nachholbedarf ist, wie man Onlineverträge nicht abschließt, beziehungsweise wie man schnell an eine Beratung oder Begleitung herankommt. Das ist ein Thema, das wir hier sicherlich unbedingt aufgreifen müssen, auch Schuldnerberatungen, die alle überlastet und überfordert sind. Sie sagten, das braucht natürlich alles Geld. Ihre Projekte, die Sie beispielhaft genannt haben, werden alle bezirksfinanziert. Ist das richtig? Mich würde interessieren, ob es Mischfinanzierungen gibt, oder wie das da läuft. Natürlich benötigt das alles Geld.

Ich habe bei allen Anzuhörenden die Geschichte mit den BuT-Leistungen gehört. Deshalb sage ich das jetzt in Richtung von Herrn Krause, weil Sie ausführlich über die Chancen-App gesprochen haben, über die heute gar nicht abgestimmt wird: Es braucht eben nicht nur diese individuellen Leistungen, sondern es braucht auch strukturelle Entlastungen. Parallel zu dem, was hier heute besprochen wird, sind wir in Berlin auf einem guten Weg, kostenloses Schülerticket, kostenloser Museumssonntag. Wir sind auf einer anderen Schiene auf dem Weg in eine Gratikultur, und ich bin Frau Möllmann-Bardak sehr dankbar dafür: Was für arme Familien gut ist, ist für alle Familien gut. Das ist das Prinzip, das dahintersteht. Dazu gehört auch die Entbürokratisierung und die Nicht-Stigmatisierung von Kindern mit Bedarfen. Das ist die große Krux bei diesem BuT, dass das einfach nicht funktioniert. Das ist auch mein Problem mit der Chancen-App, die erstens auf dem System „BuT läuft weiter“ basiert, so, wie ich das bisher verstanden habe, und die voraussetzt, dass ein Endgerät vorhanden ist, auf das man diese App rafladen kann. Das sind die beiden Knackpunkte, die ich an der Stelle sehe, aber wir können gern noch weiter darüber diskutieren, wie Sie sich das Modellprojekt vorstellen und dergleichen mehr.

Ansonsten ist insgesamt diese ganze Debatte über familienpolitische Leistungen, BuT-Leistungen versus Kindergrundsicherung, interessant. Ich habe das bei allen herausgehört, und das würde ich gern noch fortsetzen. Ich bin auf jeden Fall ganz klar auf der Linie, dass wir eine Kindergrundsicherung brauchen, wie auch immer die aussehen wird. Wie das Konzept, das Ende dieses Jahres von der Bundesregierung vorgelegt werden soll, aussehen wird, ist mir fast egal. Wir müssen den Einstieg in dieses Konzept finden. Das wollte ich dazu nur sagen, weil ich gemerkt habe, dass das viele Gemüter hier bewegt.

Mich interessiert beim Thema Senkung der Schulabbrecherquote, das hatte Frau Born angesprochen, wie Sie die Kooperation mit Schule in der Frage der Armutssensibilität einschätzen. Mich würde interessieren, wie da die Wahrnehmung ist.

Frau Richter-Kornweitz, Sie waren konform mit Frau Möllmann-Bardak beim Thema: Es gibt auch schmerzhaft Prozesse, wenn man sich mühselig auf den Weg gemacht hat, um bestimmte Maßnahmen und Dinge umzusetzen und die Projektmittel aller zwei Jahre wieder beantragen muss. Das sind tatsächlich mühselige Dinge. Hier muss es gute Rahmenbedingungen geben, die langfristig Perspektiven bieten. Haben Sie an dieser Stelle mal ein praktisches Beispiel, wo Sie in Niedersachsen umsteuern mussten, an welcher Stelle es Ihnen so gegangen ist? Das würde mich interessieren.

Herr Siggelkow! Herzlichen Dank für die Ausführungen! Sie haben den Armutsbegriff ein bisschen kritisiert. Wir haben lange Jahre dafür gekämpft, dass wir den verwenden durften, damit transparent ist, dass dort Armut ist. Darüber kann man jetzt streiten. Jetzt haben wir den und verwenden ihn auch, aber natürlich haben Sie vollkommen recht. Ich wehre mich auch immer gegen diesen Begriff „sozial schwach“. Das sind Familie mit einem schwachen Finanzhintergrund, aber wie dem auch sei. Da stimme ich Ihnen gern zu.

Zu den Hilfen, die direkt beim Kind ankommen, habe ich schon etwas gesagt. Da ist die Gratikultur der richtige Weg, wie ich weiterhin finde.

Ansonsten, was den Kinderschutz betrifft, nur eine Anmerkung: Wir haben die Hotline Kinderschutz, die überall veröffentlicht ist, wo jeder kostenlos anrufen kann. Das kann man gern ein bisschen besser propagieren. – So weit für das Erste. Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Reifschneider, bitte!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank! – Ich versuche, mich auf die Themen Struktur und Steuerung zu konzentrieren. Kinderarmut und Familienarbeit ist ein Problem, das in ganz viele Facetten der Politik, auch in andere Politikfelder hineinreicht, und dann ist immer die große Herausforderung: Das kann natürlich eine noch so fachkundige und engagierte Senatorin allein nicht lösen, sondern da ist sie auf die Hilfe ganz vieler anderer im Senat, aber auch in den Bezirken, angewiesen. Dann ist die Frage immer, ob wir dafür die richtige Steuerungsstruktur haben. Bei der Klimapolitik wird extra ein Klimasenat gegründet, um ein abgestimmtes Vorgehen im Senat zu erreichen und ein Berliner Klimaschutzprogramm aufgelegt, das zeitliche Maßnahmen vorschlägt, die man vielleicht irgendwann sogar messen kann. Jetzt mal die Frage an die Senatorin oder auch an die Anzuhörenden, ob Berlin eine andere Struktur für die Steuerung der Maßnahmen für die Kinder- und Familienarmut benötigt, die sowohl den Senat als auch die Bezirke umfasst. Andersherum gefragt: Lässt sich das Problem mit dem bestehenden System lösen, oder kommen wir da an Punkte, wo man auf Unlösbares stößt?

Dann habe ich noch eine Frage an die Anzuhörenden: Gibt es bei Ihnen Erfahrungen oder Einschätzungen zu dem Thema Results Based Financing, also dass man Träger danach bezahlt, ob sie messbare Ziele erfüllt haben, beispielsweise, dass das Budget bei Nichterfüllung nur zu 90 Prozent überwiesen wird oder vielleicht zu 110 Prozent, wenn die Ziele alle erreicht werden, um über die Anreize zu steuern?

Ein weiteres Thema, das für mich sehr wichtig ist: Neben der Frage, wie man die Kinder erreicht, ist immer die Frage, wie man die Eltern erreicht. Da gibt es ein Phänomen, das mir begegnet ist, dass es häufig beispielsweise in den Schulen leere Elternabende gibt, wo dann nur fünf oder sechs Eltern aus der ganzen Klasse kommen. Wie ist Ihre Erfahrung? Wie erreicht man die Eltern? Mit welchen Maßnahmen erreicht man die Eltern besonders gut, um Vertrauen aufzubauen, das für die Lösung erforderlich ist?

Dann noch eine Frage für die Prognose, weil wir uns mit der Inflation in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden. Andererseits ist der Arbeitsmarkt doch noch relativ robust. Die Staatsfinanzen sind robust. Deswegen hätte ich gern Ihre Einschätzung als Praktikerinnen und Praktiker: Sind wir in einer insgesamt noch stabilen Phase, oder werden in den nächsten ein, zwei, drei Jahren die Herausforderungen beim Thema Kinder- und Familienarmut aufgrund des wirtschaftlichen Gesamtumfelds und vielleicht der gesamtgesellschaftlichen Dynamiken, die dadurch ausgelöst werden, eher wachsen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Simon, bitte!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich darf mich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken, nicht nur bei den drei, die hier sind, sondern auch bei den beiden, die uns digital zugeschaltet sind. Es ist ganz toll, dass Sie sich die Zeit für uns nehmen und uns von Ihrem Wissen und Ihren Einschätzungen profitieren lassen.

Ich bin insbesondere neugierig, was Dinge angeht, die politisch durch den Senat gesteuert werden wollen und sollen und habe deshalb die Frage zur Strategie gegen Kinder- und Familienarmut, die der Senat verabschiedet hat, wie es mit Zielzahlen ist. Wir sprechen – Sie haben es auch getan, und es ist richtig, dass Sie das tun – über Strukturen, die geschaffen werden müssen, über Strukturen, die da sind, die verbessert werden müssen und so weiter, aber wir wissen, dass die Situation schlecht ist. Deshalb sprechen wir über das Thema, sonst würden wir uns ihm nicht widmen. Herr Reifschneider hat die Inflation angesprochen, die insbesondere ärmere Menschen viel heftiger trifft als andere Bevölkerungsschichten. Deshalb ist für uns wichtig zu wissen, ob Sie Zielzahlen haben, die Sie sich überlegt haben. Wie ist das mit den Dingen, die Sie anpacken werden? Werden Sie die Wirksamkeit der Maßnahmen mit irgendetwas messen? Haben Sie sich vorgenommen, nach einem Jahr, nach zwei Jahren, nach fünf Jahren jeweils die Maßnahme anzuschauen und zu schauen, ob das auch Wirkung zeigt?

Wir meinen, dass eine Schwachstelle in Berlin leider zurzeit in vielen Bezirken die Jugendämter sind. Zum einen ist die Frage, ob diese genug Stellen haben und zum anderen, ob und wie diese Stellen derzeit besetzt sind und in welchem Verhältnis sie besetzt sind. Wir wissen, dass das keine Sache ist, die der Senat anordnet. Trotzdem finden wir es richtig, dass auch der Senat in der Vergangenheit einen Blick darauf hatte. Auch mit Ihrer Vorgängerin haben wir darüber gesprochen, wie es mit den Jugendämtern aussieht, und ich hoffe, dass auch Sie ein offenes Ohr für unsere diesbezügliche Frage haben, da vielleicht schon etwas tun und auch in der Zukunft etwas tun werden, über welche Gremien auch immer.

Wie ist es mit der Landeskommission gegen Familien- und Kinderarmut? Wie ist die zurzeit personell und sächlich ausgestattet? Werden Sie im Rahmen des Haushaltsvollzugs versuchen, dort Mittel einzusparen, um die pauschale Minderausgabe zu erbringen, oder werden Sie das nicht tun?

Wie ist das mit den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket? Es gibt viele Familien, die diese Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Gibt es etwas, das Sie als Senatsverwaltung unternehmen, um Familien zu animieren, die Leistungen in Anspruch zu nehmen, und wie hat sich die Inanspruchnahme in den letzten Jahren in Berlin entwickelt?

Es gibt einige Anzuhörende, die uns schon an guten Beispielen haben teilhaben lassen, wie es in anderen Bundesländern läuft, und haben damit implizit gesagt, dass man vielleicht auch für Berlin etwas machen kann. Andere haben das noch nicht getan. Falls denjenigen, die das noch nicht getan haben, noch etwas auf dem Herzen liegt und sie uns dazu etwas mitgeben wollen, dann freue ich mich sehr, wenn sie das noch tun würden.

Die Familienzentren waren eben auch Thema, und es wurden Familienzentren an Grundschulen erwähnt. Familienzentren gibt es bisher dort nicht. Was für Vorteile sehen Sie, und in welcher Form würden Sie sich das wünschen? Dass Sie sich dort Familienzentren wünschen, habe ich Ihrer Äußerung entnommen.

Herr Krause! Sie haben etwas detaillierter über eine App gesprochen, die Sie sich vorstellen könnten. Erschreckend fand ich eben das, was uns Pastor Siggelkow mitgegeben hat, nämlich dass in einigen Familien selbst Schwierigkeiten bestehen, eine E-Mailadresse einzurichten. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Ich habe das Gefühl, dass grundsätzlich bei finanziell ärmeren Familien der Umgang mit dem Handy sehr zum Alltagsleben gehört und dass deshalb dort wenig Hürden sind. Sehen Sie das auch so? Würden Sie uns nach Ihrer Erfahrung anraten, uns für das Programmieren einer solchen App – vielleicht gibt es so etwas schon in anderen Ländern und Sie können uns dazu etwas schildern, in welchen Ländern, es das schon gibt – sehr viel Zeit zu nehmen, oder sagen Sie, das müsste eigentlich innerhalb kurzer Zeit gehen? Würden Sie eher favorisieren, das innerhalb eines kleineren und abgegrenzten Modellbereiches in Berlin zu machen, oder würden Sie sagen: Nein, sehen Sie zu, dass Sie möglichst viele Familien möglichst schnell erreichen? – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Simon! – Frau Burkert-Eulitz, bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank an alle Anzuhörenden! Wir haben jetzt ganz viel über die monetäre Seite gehört, Kindergrundsicherung, Ressourcen von Infrastruktur, wo wir in Berlin auf einem ganz guten Weg sind. Ich hatte vor Kurzem ein Fachgespräch zum Thema Bildung und Familie. Es ist hier schon gefallen, wie wichtig es ist, dass Eltern und Familien in diese Bildungsprozesse ihrer Kinder einbezogen werden müssen, sonst erreichen wir in den Lebenschancen weniger. Das ist eine Gruppe von Menschen, die staatliche Institutionen anders erlebt als wir, in der Regel als Bittstellerinnen und Bittsteller. Die haben mit vielen Ämtern zu tun, müssen immer ihr Privatleben, ihre Einkommenssituation und so weiter wahrscheinlich schon generationenübergreifend vorlegen, haben bestimmte Erfahrungen, die sie im Laufe der Zeit gemacht haben. Wir begegnen auch asymmetrischen Machtverhältnissen. Das heißt, es sind unterschiedliche soziale Schichten, die sich begegnen, zum Beispiel in der Schule eine armutsgeprägte Familie, die in der zweiten, dritten Generation von

Transferleistungen abhängig ist und eine Lehrerin, ein Lehrer, die oder der aus ganz anderen Lebensverhältnissen kommt; wir hier in der Mehrheit auch. Da gibt es natürlich auch eine große Diskriminierungserfahrung, und so, wie ich das gelernt habe, ist das auch ein Ausschluss, an bestimmten Dingen teilzuhaben. Deswegen ist die Frage von meiner Seite, was eigentlich noch passieren muss, um diese Willkommenskultur in Schulen und anderen Einrichtungen –– Wir wissen alle, wie es zum Teil ist, wenn Elternabende sind. Wir haben angefangen über die Stadtteilmütter, Lotsensysteme und Elternbegleitung Hürden abzubauen, indem zum Beispiel Mehrsprachigkeit da ist, die eine Wertschätzung von bestimmten Sprachen ermöglicht. Ist das ein Weg, den wir weitergehen sollten, oder welche Ideen haben Sie, einen lebensweltlichen Ansatz für die Familien zu entwickeln, damit die Angebote, die wir überall haben, tatsächlich in dem Maße –– Das waren die Fragen, die gerade kamen: Wie hoch ist die Teilhabe bei BuT und so weiter? Insbesondere bei den kulturellen Geschichten ist immer noch ganz viel Luft nach oben. Wie werden wir besser, den Zugang, die Öffnung und die Wertschätzung von Familien zu befördern, damit sie selbst in der Lage sind, die vielen Angebote, die kostenfrei oder mit geringem Aufwand möglich sind, mehr in Anspruch zu nehmen? Ich weiß, wir haben darüber schon mal diskutiert, aber ich denke, das ist ein Ansatz, wo noch mehr passieren muss. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Khalatbari, bitte!

Sandra Khalatbari (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde gerne zwei Aspekte beleuchten, die schon angesprochen worden sind, aber ich möchte ein bisschen konkreter in die Fragestellung gehen, und zwar interessieren mich auch die Familienzentren an Grundschulen. Wir haben gerade gehört, wie sinnvoll es ist, dass wir frühzeitig ansetzen. Wenn wir den Blick nach Sachsen richten: Dort sind sehr viele Maßnahmen sehr frühzeitig und sehr präventiv schon vor vielen Jahren auf den Weg gebracht worden. Herr Simon hat gerade schon das Thema der Familienzentren an Grundschulen angesprochen. Plant der Senat so etwas mit Blick auf eine Unterstützungsstrategie? Wenn ja, wie könnte das konkret in der Umsetzung aussehen?

Dann würde ich gern an den Beitrag von Frau Burkert-Eulitz anknüpfen. Es geht um die Eltern. Ich habe aus eigener Erfahrung in Schule und Kita häufig wahrgenommen, dass, wenn es den Eltern gut geht, die Kinder letztendlich in einer angenehmeren, besseren emotionalen Situation unterwegs sind. Mich würden aber speziell, weil ich nicht nur, aber häufiger die Mütter in diesen Prozessen sehe, die Väter interessieren. Ich würde gern auf die Expertise und Rückmeldung der Anzuhörenden hoffen, inwiefern wir dort intensiver von Ihren Erfahrungswerten hören können, wie wir die Väter intensiver einbinden können. Vielleicht liegen da gute Erfahrungswerte Ihrerseits vor, denn wenn beide Eltern an bestimmten Prozessen beteiligt sind, könnte ich mir vorstellen, dass es insgesamt ein solideres Unterstützungssystem in der Familie gibt. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Dann mache ich in meiner Funktion als jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion weiter.

Ellen Haußdörfer (SPD): Ich glaube, es ist nicht nur aufgrund dieser Anhörung uns allen bewusst, dass wir als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Hand in Hand mit allen Beteiligten und Akteuren noch mehr tun müssen, um Kinder- und Familienarmut vorzubeugen.

Ich würde zuerst gern Herrn Krause eine Frage stellen, und zwar wie er beziehungsweise das Deutsche Kinderhilfswerk die gegenwärtige Situation einschätzt beziehungsweise das Verständnis für die Zahlen von Kinderarmut im Kontext von deren Anstieg. Wie hätte in den letzten Jahren von politischer Seite anders agiert, andere Schwerpunkte gesetzt werden können, um das Ausmaß an Kinderarmut zu reduzieren?

Anknüpfend auf Ihre App-Ausführungen würde ich die Digitalisierung ansprechen, denn digitale Zugänge und Fähigkeiten bedingen heutzutage immer stärker ökonomische, soziale, kulturelle und auch politische Teilhabe und spiegeln damit auch soziale Ungleichheit. Uns ist, glaube ich, allen klar, dass damit ein unmittelbares Risiko einhergeht. Deshalb interessiert mich diese armutspolitische Perspektive, ob Digitalisierung Armutslagen verschärft oder ob sie andersherum unter Gewährleistung eines gleichen Zugangs für alle Kinder helfen könnte, Armutslagen zu überwinden. Das hatten wir schon in verschiedenen Teilaspekten angesprochen.

Dann sind wir beim Themenkomplex Prävention angelangt. Meine nächste Frage rekurriert auf den Punkt Ressourcenorientierung und Förderung. Frau Dr. Richter-Kornweitz! Mich würden die zentralen handlungsleitenden Grundsätze interessieren, die im Rahmen des Agierens des Programms der Präventionsketten Beachtung finden. Welche Prozessschritte beim Auf- und Ausbau von Präventionsketten sind relevant, und welche Tipps könnten Sie uns anhand Ihrer Arbeit in Niedersachsen für Berlin für den hiesigen Ausbau der kommunalen Strukturen unter der Prämisse des frühzeitigen Verhinderns von Kinderarmut nennen?

Ich glaube, wir stimmen hier alle überein, dass es einem Kooperieren von Politik, Verwaltung, Fachkräften, Eltern und auch Kindern und Jugendlichen bedarf, um effektiv und nachhaltig gegen Kinder- und Familienarmut vorgehen zu können. Deshalb würde ich gern von Frau Dr. Born wissen, ob und inwieweit im Zusammenhang der fachlichen Gesamtsteuerung der Kinderarmutsprävention im Bezirk Lichtenberg die Entwicklung des bezirklichen Netzwerkes – – Vor welchen Herausforderungen, vielleicht auch vor welchen Hindernissen haben Sie gestanden, und mit welchen Instrumenten, Methoden und natürlich dem langen Atem der Zeit, des nicht Aufgebens hatten Sie zu tun, und welche Lösungen kann es geben, bestehende Netzwerke, Angebote, Akteure für das Ergebnis einer durchgängigen und lückenlosen Förderung und Unterstützung zu ermöglichen? Auf welche Aspekte müsste in erster Linie geachtet werden im Kontext der Übergänge von einer Entwicklungsphase des Kindes beziehungsweise des Settings Familie, Kita, Schule in die nächste, und welcher Rahmenbedingungen bedarf es, um die unterschiedlichen Ansätze darzustellen?

Natürlich ist es so, dass man trotz aller Kritik und auch der Notwendigkeit, neue zusätzliche Schritte im Kampf gegen Kinder- und Familienarmut zu gehen, sagen muss, dass es sehr viele gute, kreative und vielfältige Angebote gibt. Häufig, das ist heute auch herausgekommen, liegt es aber daran, dass Kinder und Familien in Armutslagen schlecht bis gar nicht erreicht werden oder grundsätzlich andere Formen von Angeboten benötigen. Da würde mich von Frau Möllmann-Bardak dieser Ansatz der Wirkungsorientierung interessieren. Welche Maßnahmen sind von Ihnen als besonders nachhaltig und förderungsfähig ermittelt worden, um durch umfassende Beteiligung den transparenten Wissensprozess für diese Familien, für diese Kinder und Jugendlichen, zu ermöglichen, damit wir kommunale wie auch gesamtstädtische Angebote und Einrichtungen gewährleisten können?

Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Siggelkow. Welche konkreten Faktoren können Sie identifizieren, gerade in Bezug auf die Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder, die als Ausprägung der Kinderarmut langfristige und sich somit negativ auf das weitere Leben Betroffener auswirkende Folgen haben? Sie hatten schon aus der Praxis berichtet, aber die Frage wäre, ob Sie das konkretisieren oder Beispiele nennen können.

An alle Anzuhörenden habe ich die Frage: Welchen Handlungsauftrag haben Sie an uns politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, und an welcher Stelle sollten wir aus Ihrer Sicht als Erstes ansetzen?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Damit sind wir am Ende der Fragerunde. Möchte der Senat zuerst Stellung nehmen? – Dann der Senat zur Beantwortung, und dann geht es wieder an die Anzuhörenden.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zum wichtigen Thema Sprachbildung, insbesondere in der frühkindlichen Bildung: Wir haben am Anfang schon davon gesprochen, dass unsere Sprachkitas in Berlin Gott sei Dank weiter finanziert werden. Das ist ein wichtiges Projekt.

Zur Frage, ob wir unsere angeschobenen Dinge evaluieren: Wir evaluieren alle Dinge, die wir beginnen. Das ist Gott sei Dank heute so üblich, sonst geht es nicht gut weiter.

Zu BuT kann ich sagen: Ja! Wenn Familien das selbst beantragen müssen, ist es schwierig, wie alles, was in unserem Land mit Verwaltung zu tun hat. Ich denke, da kann man bestimmt etwas verbessern.

Eine Empfehlung, gerade wenn es um Nachhilfe geht, sogar Einzelnachhilfe: Das kann auch in der Schule organisiert werden. Wenn sich eine Schule einen Träger nimmt und es schafft – da komme ich wieder zu meinem Thema Ganztagschule –, das in den Tag zu integrieren, nicht dass die Kinder nach 16 Uhr nur noch zusammen mit den Reinigungskräften in der Schule sind, sondern zwischendurch, ist das ganz wichtig. Übrigens, Nachhilfe heißt nicht 45 Minuten oder 60 Minuten, sondern oft ist eine ganz intensive zwanzigminütige Einheit und dann wieder eine Pause effektiver. Dann haben die Eltern nichts weiter zu tun, als ein Blatt zu unterschreiben. Die Lehrerin füllt das schon aus. Sie müssen auch nichts bezahlen. Wird Geld verdient und man möchte trotzdem Nachhilfeunterricht in der Schule haben, ist in sehr geringer Beitrag zu leisten. Es ist vieles in unserem System schon möglich. Manchmal weiß man es vielleicht nicht. Das dazu, weil ich das sehr wichtig finde. Es gibt auch Einzelunterricht. Auch das ist möglich, nicht nur in der Gruppe.

Familienzentren an Grundschulen: Das ist ein genialer Gedanke, aber wir haben fast 500 Grundschulen. Da muss man sicherlich sagen, dass das nicht möglich ist, aber wir haben in Berlin 48 Familienzentren im Landesprogramm, was eine wunderbare Einrichtung ist. Aber um in der Schule zu helfen oder die Eltern auf den richtigen Weg zu bringen, gibt es in jeder Schule jetzt Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die wissen, wie sie helfen und, wie Frau Burkert-Eulitz schon sagte, die Stadtteilmütter zum Teil, die sehr individuell mit den Familien sprechen und Ängste nehmen. Unser pädagogisches Personal, die Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, kann auch ganz viel beraten. Das sind die Bezugspersonen. Herr Siggelkow hat es gesagt: Jahrelange Bezugspersonen braucht man, um Vertrauen aufzu-

bauen. Da ist schon vieles vorhanden. So schön ich es finden würde, wenn jede Grundschule ein Familienzentrum hätte, aber ich denke, das geht einfach nicht. Aber es gibt Zwischenschritte, dass ich da auch finde. – Ich übergebe jetzt noch zum Feintuning an meine netten Herren rechts von mir.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF): Vielleicht darf ich vorab noch ein, zwei Bemerkungen zur Diskussion machen. Es ging häufig um das Thema Kindergrundsicherung. Das ist tatsächlich ein ganz wichtiges Thema, das hoffentlich auch auf Bundesebene jetzt schnellstmöglich angeschoben wird. Der Bund hat es vollbracht, die aktuelle Situation, die Momente zu verbessern. Das heißt, es gibt dann Geld, womit man die Situation verbessern kann. Was wir auf Berliner Ebene mit der ganzen Strategie machen, ist langfristig angelegt, denn es sollte das Ziel sein, dass wir tatsächlich die Vererbungsketten von Armut einmal durchbrochen bekommen. Das erreichen wir durch viele Maßnahmen, die wir schon machen, auch auf Landesebene, die an der einen oder anderen Stelle gut miteinander verzahnt und kombiniert werden müssen. Wir sollten bei der ganzen Diskussion, gerade wenn es darum geht, ob wir das Kindergeld oder die Kindergrundsicherung erhöhen, die Strukturen nicht vergessen. Kindergrundsicherung oder Kindergeld, das um 10 Euro erhöht wird, ist schön und gut. Wenn ich die Milliarden, die mit nur 10 Euro pro Kind draufgehen, in die Kita stecke, habe ich eine Struktur gestärkt, die deutlich längerfristig wirkt und noch nachhaltiger sein kann. Trotzdem spricht nichts dagegen, eine ordentliche Finanzierung zu haben, die direkt bei den Familien ankommt. – Das grundsätzlich.

Digitalisierung und App: Nun bin ich da sehr affin, aber auch in anderen Bereichen, wo ich für die Digitalisierung verantwortlich bin, ist es immer nur eine Ergänzung, eine Unterstützung bisheriger Prozesse. Mit keiner App werden wir das Problem gelöst bekommen. Es ging hauptsächlich um das BuT-Thema, es ging um Transparenz. Der Bund diskutiert gerade bei der Kindergrundsicherung das Thema einer App oder einer transparenten Lösung. Frau Scheffels ist auf bundesweiter Ebene bei den Gremien dabei, um solche Ideen anzubringen. Dadurch, dass man sich die Planung des Bundes anguckt, was das kosten könnte – – Dort geht man von Kosten in Höhe von 10 Milliarden Euro bis 20 Milliarden Euro aus, aber auch mal höher. Das impliziert schon, dass wir nicht mehr eine 60 Prozent-, 70 Prozent-, 80 Prozent-Nutzung, zum Beispiel der BuT-Mittel, haben, sondern die Steigerungen basieren gerade auf dem Glauben, dass wir irgendein System, eine App oder was auch immer schaffen, das so transparent ist, dass 100 Prozent, die berechtigt sind, es nutzen können. Von daher ist das Thema an der Stelle tatsächlich mitgedacht. Das begleiten wir sehr eng und versuchen, natürlich auch voranzukommen.

Für die Sprachbildung gibt es nicht nur ein Mittel. Beim Kitaausbau fängt es an, dass wir die Kinder früh in die Kita bekommen. Sprachkitas wurden erwähnt. Wir haben mit den Zuschlagstatbeständen 50 Millionen Euro, 60 Millionen Euro, die wir in das System stecken. Das sind alles solche Punkte. Auch einzelne Projekte wie „Rucksack“ oder „Griffbereit“, wo Mehrsprachigkeit bedacht wird, sind Punkte, die ineinander spielen müssen. Von daher gibt es da keine eine Lösung.

Bei der Berufsorientierung sind wir sehr stark unterwegs mit Themen, wie wir die aufsuchende Arbeit stärken können, gerade im Rahmen der Jugendberufsagenturen. Das spielt auch auf das Thema an, was Armut betrifft und Jugendliche aus Schleifen rauszubekommen.

Wir hatten die Frage, ob die Struktur ausreichend ist. Mit der Landeskommission haben wir tatsächlich eine Struktur, die es jetzt mehrere Jahre gibt. Die arbeitet schon ressortübergreifend. Das sind genau die richtigen Ansätze, die wir an der Stelle auch weiterführen.

Mit welchen Maßnahmen erreichen wir Eltern? Auch noch mal zur Diskussion über die App: Wir sind gerade dabei. Der Haushaltsgesetzgeber, Sie haben uns Mittel gegeben, was das Thema Familienportal angeht. Es ist nicht so gedacht, dass wir nur eine Website aufhübschen. Das ist tatsächlich ein bisschen langfristiger gedacht. Wir denken und entwickeln es in Richtung App. Auch da spielt das Thema mit rein, weil wir mit jedem dieser Mittel Transparenz schaffen, auch um Angebote sichtbarer zu machen. Das haben wir in der Vergangenheit in der Form gemacht, dass Kitas und Schulen beim Thema BuT sensibilisiert wurden, damit die Nutzung besser bei der Zielgruppe ankommt und Schulen und Kitas besser beraten und begleiten können.

Dann hatten wir das Thema Zielzahlen. Bei dem Thema hat hoffentlich jeder das Ziel, dass es kein Kind geben sollte, das in Armut lebt. Es gibt aber an der Stelle keinen Prozentwert, den wir Ihnen jetzt nennen könnten, womit wir das Problem gelöst haben oder sagen: Dann haben wir unsere Arbeit erledigt, alles gut. – Das spielt, wie gesagt, alles ineinander, die Bundesebene mit der Landesebene und auf der bezirklichen Ebene. Von daher gibt es da nichts, wo wir Ihnen sagen würden: Das ist die Zahl, die wir jetzt erreichen wollen.

Jugendämter: Wir hatten gerade im letzten Jahr einen Prozess, wo wir geguckt haben, wie wir Prozesse stärken können, gerade was beispielsweise die Fluktuationsthematik angeht, die einen Großteil des Problems darstellt, damit am Ende nicht nur 70 Prozent der Stellen besetzt und permanent in Fluktuation sind, sondern wir tatsächlich mal in die Nähe der 100 Prozent kommen, was die Situation deutlich verbessern würde.

Die Wirksamkeit wurde auch erwähnt. Im Rahmen der Vorträge wurde ein Schwerpunkt erwähnt. Gerade die Koordinierungsstellen, die wir auf bezirklicher Ebene haben werden, werden sich die Maßnahmen auch immer wieder angucken: Was greift gut ineinander? Wo ist eine Maßnahme, die vielleicht nicht so wirkt? – Auch das ist ein Punkt, der in die Wirksamkeit reinspielt.

Ein letzter Punkt: Väterarbeit ist ein Schwerpunkt, den ich gern aufnehme. Das gehört auch dazu. Wir sind haben gerade noch ein, zwei Ideen, wie wir das grundsätzlich angehen, und wie wir es mit externer Expertise angereichert stärker in eine rote Linie bekommen, aber das ist noch nicht ausgereift.

Auch die Armutsprävention wäre ein Punkt, den wir mit in den Prozess aufnehmen würden. – Das als Ergänzung.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Wir kommen nun zur Beantwortung der Fragen durch die Anzuhörenden. – Herr Siggelkow, bitte!

Bernd Siggelkow („Die Arche“ Kinderstiftung, Christliches Kinder- und Jugendwerk) [zugeschaltete]: Ich habe mir einige Notizen gemacht von den Fragen, die allgemein gestellt wurden und die direkt an mich gegangen sind. Die eine Frage war: Wie kann es Schule gelingen, gerade Kinder aufzufangen, die auch durch Corona bedingt immer weiter abgehängt sind? –

Wir haben ein Projekt geschaffen. Das nennt sich Intensiv-Lerncoach. Dazu haben wir in Berlin eine Schule als Pilotprojekt ausgewählt und dort einen Intensiv-Lerncoach hingeschickt, der Kinder aus verschiedenen 3. Klassen aus Deutsch, Englisch und Mathematik rausnimmt, die nicht mehr mitkommen, weil sie durch Corona bedingt oder sowieso abgehängt sind, und versucht, sie individuell zu fördern. Das sind Gruppen von drei bis fünf Kindern pro Stunde, die dort zusätzlich unterrichtet werden. Dort ist im ersten Moment Sozialkompetenz das Thema, denn die Kinder merken: Ich bin abgehängt, ich komme gar nicht mehr mit. Früher ging es irgendwie noch, da habe ich noch eine Vier oder Fünf geschrieben, und jetzt verstehe ich aber gar nichts mehr und mache gar nicht mehr richtig mit. – Diese Möglichkeit kann Schule aufgreifen, indem sie zusätzliche Kräfte nimmt; ob sie die durch freie Träger, andere Träger oder auch durch weitere Lehrer besetzt, wie auch immer. Auf jeden Fall muss es gelingen, diese Kinder weiterzubringen, denn es geht nicht um 5 oder 20 Schüler, sondern es geht deutschlandweit, auf jeden Fall berlinweit, um einige Tausend Kinder, die eine bessere Förderung erhalten müssen.

Dazu kommt das Thema Sozialkompetenztraining. Seit vielen Jahren bieten unsere Mitarbeiter an verschiedenen öffentlichen Schulen Sozialkompetenztraining an, um den Kindern mehr Sozialkompetenz zu vermitteln, denn gerade Kinder, die aus einer benachteiligten Schicht kommen, haben häufig damit ein großes Problem. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Ich bin oft mit Kindern im Ferienlager, und ein Sechsjähriger schmeißt sich auf den Boden, weil er den Fußball nicht getroffen hat, strampelt und sagt: Ich bin nichts, ich kann nichts, ich werde nie etwas werden. – Und ich denke: Wer hat diesem Kind das gesagt? Für viele Kinder ist es ihre Realität. Sie glauben nicht mehr an sich selbst. Sie kommen mit sich selbst nicht klar. Sie sind ständig mit dem Existenzkampf beschäftigt, und sie sind nicht nur in finanzieller Armut, sondern eben auch in emotionaler Armut. Diese Kinder müssen gestärkt werden, und es muss in den Schulen auch ein größeres Verständnis für Armut hergestellt werden. Wir haben gerade in Berlin immer mehr Kinder, die mobben, und das sind häufig Kinder, die aus einer bestimmten Schicht kommen, weil sie von ihren eigenen Problemen ablenken wollen und die Defizite bei anderen sehen. Keiner möchte sein Defizit gesehen haben. Deswegen wird Armut kaschiert, damit man nicht an den Rand gestellt wird.

Dann wurde die Frage nach der Messbarkeit gestellt, ob Träger bewertet werden, ob sie ihr Ziel erreichen oder nicht. Dazu muss ich erst mal sagen, dass Organisationen wie die „Arche“ zum Beispiel, die überhaupt keine staatliche Förderung bekommen könnten, gar nicht so einer Messbarkeit unterliegen, aber trotzdem wäre es sinnvoll, mal zu schauen, welche Einrichtungen tatsächlich das erreichen, was sie in ihren Konzepten geschrieben haben. Ich bin manchmal sehr erstaunt, was da herauskommt und was nicht herauskommt.

Dann wurde die Frage gestellt, wie man Eltern erreichen kann. Ich glaube, dass wir eine Einrichtung sind, die sehr viele Eltern erreicht. Ich meine nicht nur ein paar, sondern ich denke, wir erreichen die Eltern von 60 Prozent bis 70 Prozent der Kinder, die zu uns kommen, in erster Linie mit einem sehr niedrigschwelligem Angebot. Wir bekommen oft zu hören, dass die Eltern sagen: Wir haben ein Problem. Dieses Problem ist: Wenn wir irgendwo hingehen und irgendwelche Beratung oder Hilfe brauchen, dann müssen wir uns erst mal nackt ausziehen. – Sie meinen damit, sie müssen erst mal ihre Bedürftigkeit nachweisen. Das nimmt ihnen sehr stark ihre Würde und ihre Perspektive. Das ist das, was ihnen häufig fehlt, eine würdevolle Umgebung. Wir versuchen, die Eltern nicht nur in Form von Elternabenden einzuladen, wo wir ihnen sagen: So muss man es machen –, sondern wir laden sie erst mal ein, mit uns

Kaffee zu trinken, zu frühstücken, ohne nach der Bedürftigkeit zu schauen, und wir bringen dann auch Schuldnerberater, Rechtsanwälte, die Polizei und andere mit in dieses Elterncafé, so nennen wir es, damit die Eltern dort ihre Ansprechpartner finden, um von unserer Einrichtung dann in das Netzwerk anderer Einrichtungen zu gehen, denn von sich selbst aus würden sie dort nie hingehen. Auch dort sind wir die Vertrauenspersonen.

Noch mal zu dem, was ich am Anfang gesagt habe: Der wichtigste Punkt unserer Arbeit oder das, was ich sehe, ist: Wir brauchen Vertrauenspersonen in den Schulen, in den Nachbarschaftszentren, Menschen, denen vertraut wird, dass sie einen unterstützen und nicht die Information, die sie bekommen, gegen sie verwenden. Ich glaube, ganz viele Familien, die zu uns kommen, haben das Vertrauen in das System verloren. Das Jugendamt hat viele gute Angebote, aber leider ist das Vertrauen dazu nicht da, und dieses Vertrauen muss man erst wieder herstellen. Wer stellt es her? – In dem Punkt stellen es unsere Mitarbeiter vielleicht her, weil sie die Ängste nehmen, weil sie sie an die Hand nehmen und begleiten. Also braucht es eine Kultur der Niedrigschwelligkeit, der so niedrigschwelligten Angebote, dass die Menschen, die häufig einfach denken, da mitgehen können, Vertrauen haben, um in Einrichtungen zu gehen. – Ich glaube, das waren alle Dinge, die an mich gerichtet worden sind. Ansonsten würde ich Sie bitten, noch mal Ihre Fragen zu stellen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Dr. Richter-Kornweitz, bitte!

Dr. Antje Richter-Kornweitz (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.) [zugeschaltet]: Gern! – Ich fange an mit der Frage nach den schmerzhaften Punkten und der Bitte, Beispiele zu nennen. Ein Beispiel wäre: Eine Kommune stellt fest, dass die Kinder, die für ihre gute Entwicklung sehr dringend einen Kitaplatz benötigen, in der Kita gar nicht oder viel zu spät ankommen. Das ist ein Beispiel aus einer unserer Kommunen, bei dem es für alle nicht einfach zu akzeptieren war, dass es über viele Jahre so gelaufen ist, und wo es in der Entwicklung eines neuen Konzeptes erst mal zu Auseinandersetzungen mit Verwaltung, Trägern, Eltern, Elternrat, zwischen den Trägern et cetera geführt hat. Letztendlich ist man aber auf einem sehr guten Weg gelandet, denn in diesem Fall ist es wirklich so gewesen, dass diese Auseinandersetzungen fruchtbar waren, man sich auf eine gute Art und Weise auseinandergesetzt und ein neues Konzept entwickelt hat, sodass die Eltern bereits sehr frühzeitig die Möglichkeit haben, ihr Kind anzumelden und auch immer wieder an verschiedensten Stellen kurz nach der Geburt darauf hingewiesen werden, wie wichtig es ist, diesen Kitaplatz rechtzeitig anzumelden, dass man ihnen diese Möglichkeiten auch abnimmt et cetera und dass, was eben schon genannt wurde, viele Angebote direkt in Kitas, Familienzentren et cetera mit entsprechenden Ansprechpersonen aus Behörden, Jobcenter und so weiter gekoppelt werden, sodass viele Schwellen abgebaut werden. Aber erst mal war es für die Beteiligten nicht einfach, das wahrzunehmen.

Ein anderes kleines Beispiel ist so ein Angebot, das nennt sich bei uns Café Bobbycar, für Mütter, die mit kleinen Kindern zum ersten Mal in eine Gruppe gehen. Da wurde festgestellt, diese Mütter, die wir eigentlich erreichen wollten – ich spreche hier bewusst von Müttern, denn Tatsache ist, dass überwiegend die Mütter kommen –, die von Sozialleistungen et cetera abhängig oder in anderen schwierigen, herausfordernden Lebenssituationen sind, nicht kommen. Im Endeffekt musste festgestellt werden, dass das ganze Konzept, auch der Ort, an dem es stattfindet, nicht zielführend ist und dass man das komplett umstellen musste. – Das sind kleine Beispiele.

Immer wieder stellt sich heraus, gerade wenn man entsprechend strukturiert vorgeht, dass manche Ideen vielleicht sehr gut sind, aber nicht passend für die Adressatinnen und Adressanten, und von daher muss man eben umdenken.

Ein Punkt, der immer wieder vorkam, ist das Thema Jobcenter, Mitarbeitende in Jobcentern, die in den Gesprächen, in den Gremiensitzungen et cetera damit konfrontiert wurden, dass manche Menschen nicht gern zu ihnen gehen, dass die Form des Aufeinander-Zugehens als entwürdigend oder belastend wahrgenommen wird. Man hat dann gemeinsam damit angefangen, andere Formen der Verbreitung von Informationen, der Ansprache, der Beratungskonstrukte et cetera zu entwickeln.

Zum Thema „Eltern erreichen“: Da möchte ich gern meinen Vorredner bestätigen. Es kommt auf die Beziehung an. Es ist schwierig, Programme zu entwickeln und zu implementieren, die erst mal alle Eltern ansprechen. Es ist sehr wichtig, genau zu schauen: Wen möchte ich ansprechen? Wo gehe ich hin mit diesem Programm? – Grundsätzlich geht es um Beziehungsaufbau, weil gerade die Eltern, um die es in der heutigen Sitzung geht, entsprechende Erfahrungen gemacht haben, häufig als Bittsteller wahrgenommen werden oder auch Erfahrungen gemacht haben, die entwürdigend sind. Es wurde vorhin schon gesagt, dass diese Situation, in der sie häufig schon sehr lange leben, dazu führt, dass Zukunftsperspektiven eher weniger entwickelt werden, dass es darauf ankommt, erst einmal die Gegenwart zu meistern, und das ist schon schwierig genug. Immer wieder damit konfrontiert zu werden, dass man vielleicht nicht so in der Lage ist, den eigenen Alltag so hervorragend zu bewältigen, führt auch zu diesem Gefühl: Vielleicht halte ich mich lieber zurück, ziehe mich zurück – oder auch zu anderen Verbitterungen. Von daher ist es wichtig, Fachkräfte weiterzubilden. Das haben wir in unserem Programm gemacht. Wir haben einen großen Schwerpunkt auf das Thema Armutssensibilität gelegt und auf die Frage, armutssensibel mit Familien, auch mit Kindern und Jugendlichen umzugehen. Das betrifft einerseits die Einrichtungen vor Ort, die im Alltag mit Kindern, Jugendlichen und Eltern im Kontakt sind. Das betrifft aber auch die öffentliche Verwaltung. Es ist bei uns beispielsweise auch etwas zum armutssensiblen Umgang mit Kindern und Familien in Verwaltungen entwickelt worden, und es werden regelmäßige Weiterbildungen, Workshops et cetera dazu durchgeführt. Wobei ich nicht sagen will, dass das alles ist, sondern das ist ein weites Feld, das noch sehr intensiv bearbeitet werden muss.

Vielleicht noch zu den Prozessschritten, die relevant sind: Wir haben natürlich Rahmenbedingungen festgelegt. Das heißt, wir haben mit den Kommunen richtige Verträge abgeschlossen, die jeweils von der politischen Spitze, Oberbürgermeistern, Landräten et cetera, unterzeichnet wurden. Es geht immer darum, einen politischen Beschluss einzuholen, die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Gesundheitsämtern als verbindlich verpflichtend festzuschreiben, mit der Aufforderung, es zu erweitern, andere Bereiche dazuzuholen und gemeinsam diese Organisationsstrukturen zu bilden. Es geht darum, eine hauptamtliche Koordination einzustellen, diese Koordinationsstruktur, wie sie Frau Born vorgestellt hat, einzuführen, wirkungsorientiert zu arbeiten und sehr viel in die Weiterbildung von Fachkräften und die Koordination zu investieren.

Es geht auch um die Einbeziehung Verwaltungsexterner, ganz wichtig, denn ohne sie geht es gar nicht, und die Einbeziehung beispielsweise der Zivilgesellschaft. Das ist verschiedentlich in Form von Runden Tischen, die als beratendes Gremium, als Fachbeirat et cetera, fungieren, passiert.

Wir stellen den Kommunen eine Art Meilensteinplanung zur Verfügung. Wir haben sie über drei bis fünf Jahre begleitet. Es geht darum, in der Aufbauphase eine Arbeitsbasis zu schaffen mit ähnlichen Punkten, wie ich sie gerade genannt habe, und in der Umsetzungsphase, also im zweiten Jahr, den Fokus auf die Planung und Durchführung von Aktivitäten zu richten. Im dritten Jahr ging es tatsächlich schon um die Verstetigung, nämlich darum, die Strukturen tatsächlich zu etablieren. Das ist jeweils sehr gut angenommen worden. Einzelheiten dazu kann man auf unserer Website nachschauen, und wir haben auch eine ganze Menge Materialien dazu herausgebracht. – Vielleicht erst mal so weit in Anbetracht der kurzen Zeit.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! – Frau Möllmann-Bardak, bitte!

Andrea Möllmann-Bardak (MitWirkung – Perspektiven für Familien, Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.): Ich hatte eine direkte Frage noch mal zum Thema Wirkungsorientierung, wie wir das gemacht haben. Was führt dazu, dass Fachkräfte sich mit dem Thema Wirkungsorientierung auseinandersetzen? Wir haben hier mit Fachkräften in fünf Bezirken gearbeitet. Wir haben gefragt: Was möchtet ihr euch angucken? Welche Angebote möchtet ihr euch angucken? Wo soll mal geguckt werden, was tatsächlich ankommt? – Wir haben dann ein Wirkungsmodell mit den Fachkräften entwickelt und die Nutzerinnen und Nutzer beteiligt. Das ist nämlich der springende Punkt, dass wir nicht umfassend beteiligen, sondern dass wir die Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten mal fragen. Wir gehen hin und fragen: Was haltet ihr eigentlich von unserem Angebot? Wie findet ihr das? Kennt ihr das Angebot überhaupt? – Man muss also nicht nur umfassend große Dinge machen, sondern sich das eher im Kleinen angucken: Wie können wir unser Angebot eigentlich noch verbessern und optimieren? Wie können wir da herangehen?

Darauf aufbauend können wir Wirkungsanalysen erstellen und das in die Strukturen zurückspülen: Was heißt das jetzt für unsere Strukturen? Was heißt das für die Verbesserung und die Optimierung unseres Angebots? –, weil wir uns die Rückmeldung der Nutzerinnen und Nutzer, diese Nutzerinnen- und Nutzerperspektive, einholen. Das sind keine großen Beteiligungsprozesse, denn das schaffen die Fachkräfte in den Verwaltungen und Einrichtungen nicht. Sondern wir schauen, wie man niedrigschwellig beteiligen kann, wie man hingehen und sich Rückmeldungen einholen und damit arbeiten kann. Das ist eigentlich das Thema, worauf wir auch im Weiteren bei der Umsetzung in den Bezirken schauen. Dazu werden wir schulen und qualifizieren.

Ich will noch eines sagen: Wirkungsorientierung und Wirksamkeit sind unterschiedliche Dinge. Ich würde davon abraten, dass wir uns an der Wirksamkeit orientieren, denn wir können nicht sagen, wir machen Maßnahme A, und B kommt heraus. Dafür ist das Thema viel zu komplex. Wir sollten davon wirklich Abstand nehmen. Das wird uns ohne Ende in die Irre führen. Aber mit dem Thema Wirkungsorientierung müssen wir uns unbedingt weiterhin beschäftigen. Ich weiß gar nicht, ob das die Frage beantwortet hat, aber das vielleicht zu dem Thema, wie wir das gemacht haben und auch weiter machen werden und was wirklich zu guten Erfolgen führt.

Ich möchte vielleicht noch auf einen Punkt eingehen, weil mir das am Herzen liegt, die infrastrukturellen Leistungen, die bei den Kindern ankommen und was das sein kann. Man muss gucken, was man mit so einer App machen kann. Worum geht es? Die Kinder wollen sich

bewegen, sich sprachlich gut ausdrücken können. Kinder wollen sich entfalten. Wo finden sie diese Angebote, um ihre Potenziale und ihre Kreativität zu entfalten? – Das muss meiner Meinung nach in den Lebenswelten stattfinden. Für mich geht es also um multiprofessionelle Angebote an Schulen und Kitas, wo viele Angebote stattfinden. Das muss dort zu finden sein, denn da sind die Kinder. Die sind nachmittags platt, muss man echt sagen. Wenn sie den ganzen Tag Schule hatten und um 4 Uhr nach Hause kommen, sind sie echt platt. Deshalb muss in der Zeit zwischen 8 bis 16 Uhr alles stattfinden. Da müssen sie gefördert und unterstützt werden, und sie müssen Angebote finden, wo sie sich entfalten können, wo sie ihre Potenziale entwickeln können. – Das vielleicht soweit.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Frau Möllmann-Bardak! – Herr Krause, bitte!

Torsten Krause (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): Vielen Dank! – Im Lauf der Zeit sammeln sich so viele Stichpunkte und Gedanken an, dass ich gar nicht weiß, ob das hier darstellbar ist. Sehen Sie es mir auch nach, wenn ich das von einem zum anderen nicht immer elegant verknüpft bekomme.

Die erste Nachfrage knüpfte noch mal an diesem Beispiel des Taschengelds und digitaler Währung in Spielen an. Das ist natürlich ein Symbol für das, was die Lebenswelten von Kindern heute ausmacht, wo Kinder sich heute aufhalten und für die zunehmende Digitalisierung ihrer Lebenswelten. Das, was wir als erwachsene Menschen in digital und analog unterscheiden, tun Kinder heute nicht mehr. Für sie ist das alles eins. Insofern kann ich Ihnen Recht geben, Herr Staatssekretär. Natürlich nützt eine App alleine nichts, wenn es die Angebote nicht gibt, die darüber vermittelt werden sollen. Das ist ganz klar.

Die Sorge der notwendigen Endgeräte kann man ganz gut entkräften. Wenn man sich die Medienstatistiken anguckt, haben wir im Grunde mehr Endgeräte als Menschen in Haushalten. Das zieht sich durch alle Schichten. Das ist nicht die Herausforderung. Die Herausforderung ist es – das hatte Herr Siggelkow beschrieben –, den Zugang zu gewähren, es sich leisten zu können, sich im Internet aufzuhalten, virtuelle Räume aufzusuchen, Angebote dort zu nutzen. Dies erkennend, hat der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen im Jahr 2021 eine Ergänzung für den digitalen Raum zur Kinderrechtskonvention herausgegeben – deswegen erwähne ich das nur, da Sie als Land jetzt wieder in die Verantwortung kommen –, wo die Vereinten Nationen und damit alle Staaten, die sich dem verpflichtet fühlen oder die ratifiziert haben, aufgibt, dass ein sicherer, kostenfreier Zugang zum Internet für alle Kinder an Orten, wo sie sich regelmäßig aufhalten, zu gewähren ist. Das ist die Frage, die Sie hier im Land Berlin klären können. Ich will mich gar nicht nach vorne wagen. Mir fällt eine ganze Menge Dinge ein, welche Orte das sind, wo Kinder regelmäßig zusammenkommen. Im Grunde muss man das aber mit den Kindern besprechen, weil die wahrscheinlich noch mal ganz andere Orte benennen, als das, was uns als Erwachsenen dazu einfällt. Diesen sicheren, kostenlosen Zugang bereitzustellen, wäre, glaube ich, eine ganz zentrale Aufgabe, die Sie als Land Berlin leisten können.

Dann kommen wir zu der App. Dass ich nicht korrekt informiert war, was die Tagesordnung angeht, bitte ich zu entschuldigen. Ich würde, wenn das in Ordnung geht, trotzdem die Fragen, die dazu gestellt worden sind, versuchen zu beantworten. Ich glaube, der Vorteil dieser App ist zweierlei. Zum einen minimieren wir die Hürde, die Informationen an die Kinder zu

bringen, enorm. Alles, was hier angesprochen worden ist, möchte ich nicht in Abrede stellen und überhaupt nicht diskreditieren, das ist alles notwendig. Aber jeder Elternabend, jede Beratungsstelle, jedes Kontaktangebot und dergleichen erfordern immer das Darauf-Zugehen, das Darum-Wissen, das In-Anspruch-Nehmen. Über digitale Möglichkeiten können wir diese Angebote und Informationen, salopp gesagt, direkt in die Hosentasche der Kinder bringen.

Deswegen wäre es auch wichtig, das zentral zu bündeln, einerseits staatliche Leistungen, die wir über das BuT oder perspektivisch über die Kindergrundsicherung ausreichen können, aber auch kombiniert mit privaten Leistungen. Wir haben – das wissen wir als spendenfinanzierte Kinderrechtsorganisation ganz besonders gut – viele Unternehmen und Private, die unterwegs sind und auch etwas tun können. Ich finde den Ansatz, den Berlin fährt, Gratisangebote für die Gesamtbevölkerung zu machen, vollkommen richtig. Es ist richtig, als Staat diesen Weg zu gehen. Viele Private, die etwas tun möchten, können oder wollen es sich mitunter aber nicht leisten, das für die Gesamtbevölkerung zu tun. Dann ist es über digitale Möglichkeiten natürlich so, dass das Unternehmen sagen kann: Ich möchte in meinem Kiez, in meinem Bezirk für X Kinder ein Angebot zur Verfügung stellen. – Dann kann ich das über eine digitale Möglichkeit direkt zu den Kindern in diesem Stadtteil ausliefern. Das wäre, glaube ich, ein Vorteil. Einmal wird die Hürde des Informationszugangs enorm minimiert, und wir können an einer zentralen Stelle möglichst viele Angebote, die von den unterschiedlichsten Einrichtungen, Personen etc. gegeben werden, bündeln und zur Verfügung stellen.

Es wurde nachgefragt, was die Entwicklungsdauer solcher Angebote angeht und ob es so etwas schon gibt. Zur Entwicklungsdauer selber kann ich nicht so viel sagen, weil ich kein Techniker bin, aber es gibt solche Angebote bereits. In Deutschland sind uns schon zwei Angebote bekannt, wo BuT-Leistungen digital zur Verfügung gestellt werden. Im internationalen Raum gibt es entsprechende Angebote, wo auch privat- oder spendenfinanzierte Leistungen zielgruppenspezifisch zur Verfügung gestellt werden. Man braucht also sicher noch mal eine Zeit, um das auf die Berliner Bedarfe zu adaptieren, aber am Ende ist es natürlich auch nicht die große Neuerung, die dort bewegt und programmiert werden muss.

Ich verknüpfe das noch mal: Neben dem Zugang zum digitalen Raum sind natürlich digitale Kompetenzen ein ganz entscheidender Schlüssel. Da kommen wir dann darauf, was wir hier im Bereich Verbraucherbildung schon anklingen lassen konnten. Nur davon auszugehen, weil junge Menschen heute tagtäglich im digitalen Raum unterwegs sind und damit aufwachsen, dass sie das deswegen hundertprozentig beherrschen und sich darin sicher bewegen, wäre, glaube ich, ein Trugschluss. Wir brauchen ganz klar in den Curricula die Vermittlung digitaler Kompetenzen. Da gehören diese Verbraucheraspekte natürlich mit hinein: Wie gehe ich mit Abofallen und Lootboxen in Spielangeboten um? Wie kann ich mich davor wappnen? Wo kann ich mir schnell Hilfe und Beratung holen, wenn ich in unangenehme Situationen gerate? – Herr Siggelkow hatte das und anderes schon angesprochen. Auch das können wir darüber erreichen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich muss Sie leider bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Torsten Krause (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): Alles klar! Dann mache ich hier den Schlussstrich.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir über dieses Thema sprechen. – Frau Dr. Born, bitte!

Dr. Sandra Born (Bezirksamt Lichtenberg): Vielen Dank! – Das ist jetzt ein kurzer Ritt durch die Themen, den ich jetzt versuche vorzunehmen. Sehen Sie es mir bitte nach, dass es stichpunktartig ist. Alles Weitere können wir auch bilateral an anderer Stelle noch vertiefen.

Ich möchte kurz mit den Herausforderungen und Hindernissen in der Gesamtsteuerung anfangen. Ich habe vor vier Jahren damit angefangen. Die Hindernisse sind begleitend. Einmal ist das Thema Finanzierung ein ewiger Unsicherheitsfaktor, weil man natürlich guckt: Komme ich zu einem anderen Thema? Ist das eine Mischfinanzierung, die wir uns vorstellen? Ist das von der Bezirksseite, ein Sponsoring, oder woher kommt das Geld? – Wir betrachten es natürlich als eine bezirkliche Strategie, und in der Hauptverantwortung und Daseinsvorsorge müsste der Bezirk an erster Stelle stehen, aber es gibt auch Themen, die durchaus darüber hinaus zu sehen sind, zum Beispiel das Thema Schulgesundheitsfachkräfte. Wir werben dafür, dass es auch eine senatsfinanzierte Lösung geben sollte, weil wir hier auch mit der Schulaufsicht seit mehreren Jahren ganz eng zusammenarbeiten, eine Expertise haben und die Gesamtverantwortung für Berlin übernommen werden sollte. Wir haben dafür auch fachliche Evaluationen.

Ich springe weiter vor zum Thema Evaluationen. Wir haben Evaluationen mit den drei Schulgesundheitsfachkräften vor, in Form von einer Masterarbeit, die wir schreiben lassen werden, und einer wissenschaftlichen Begleitung durch die Evangelische Hochschule in Darmstadt, die gleichzeitig die Fortbildung der drei Schulgesundheitsfachkräfte übernimmt. Das ist aber kein Neuland, weil bereits 17 Schulgesundheitsfachkräfte in Brandenburg ansässig sind und hier eine weitere Evaluation mit dem Land Hessen besteht. Das fällt also alles auf fruchtbaren Boden, und Neuland ist es schon gar nicht mehr. Insofern ist es durchaus bewiesen, dass das hier eine Wirkung entfaltet.

Zum Bildungs- und Teilhabepaket, möchte ich noch etwas sagen, weil hier die Frage kam, ob es dazu neue Ansätze gibt. Wir haben jetzt ganz viel über die Digitalisierung gesprochen. Absolut richtig. Wir kriegen von ganz vielen Seiten, auch vom Jobcenter, immer wieder zu hören, dass in der Hinsicht eine kritische Standortbewertung vorgenommen wird, dass wir hier unbedingt einheitliche Digitalisierungsstrategien fahren müssen und dass das ein einzigartiges Bürokratieproblem darstellt, nach zehn Jahren. Wir haben das 2011 mit einem Bundesgesetz eingeführt, und wir stellen heute immer noch fest, dass es nicht da ankommt, wo es ankommen sollte. Wir sind absolut dafür, dass wir hier nutzersensible Zugänge schaffen. Das ist kein Nice-to-have, sondern es ist die Voraussetzung für einen würdevollen Umgang mit der Zielgruppe.

Daher sind wir viel im Austausch mit anderen Kommunen, die es einfach besser machen. Die sind natürlich kleiner, das kann man immer wieder sagen. Zum Beispiel Hamm in Nordrhein-Westfalen fährt die sogenannte YouCard, ein digitales Abrechnungssystem mit leichten Abrechnungswegen durch Direktabrechnungen zwischen Anbieter und Abrechnungsstelle. Nach meiner Kenntnis haben wir in Berlin über 36 Leistungsstellen. Da sieht nicht mal mehr der Fachexperte durch. Das ist einfach dieses Besondere, was Berlin hat, mit der Zweistufigkeit der Verwaltung und den vielen Bezirken untereinander. Analytisch betrachtet ist das natürlich ein Problem. Das ist schon längst kein Erkenntnisproblem mehr. Hierzu hatten wir im letzten

Jahr einen umfangreichen Brief an die Senatorin Breitenbach geschrieben, und wir würden das Thema auch weiterverfolgen. Jetzt wissen wir gleichzeitig, dass die Kindergrundsicherung vor der Tür steht und wir hiermit einen Schlag gleichzeitig vornehmen können, um uns für das ganze Land Berlin besser aufzustellen, um die Zielgruppe zu erreichen, was unser Anliegen ist.

Zum Thema „Familienzentren an Grundschulen“: Ich bin ein ganz großer Fan von diesem Thema, weil ich mich damit sehr befasst habe. Ich bin im Austausch mit dem Bundesverband der Familienzentren gewesen. Es gibt einen intensiven Austausch mit Nordrhein-Westfalen, wo man ein Millionenprogramm zu diesem Thema aufgestellt hat, um die Kommunen fit zu machen. Das ist genau das, was wir bräuchten, um den Übergängen zwischen Kita und Schule effektiv zu begegnen. Es ist ein klassischer Settingansatz. Wir haben natürlich Familienzentren an Kitas – das ist bekannt –, die landesseitig und vom Bezirk finanziert sind. An Schulen wäre das dieser übergreifende Ansatz, und zwar geht es hier unabhängig von der sozialen Herkunft darum, einen langfristigen Beitrag zur Armutsprävention zu leisten; alles unter einem Dach, wie ich vorhin sagte. Die Schule der Zukunft sollte sich multiprofessionell aufstellen – das steht auch im Schulgesetz – und einen Zugang zum Sozialraum haben. Dieser Sozialraum könnte genau damit verbunden werden, indem die Schulen bestens aufgesetzt werden. Wir haben natürlich viele Grundschulen, müssten aber mit einem Modell und an wenigen Stellen anfangen. Wir haben die Schulgesundheitsfachkräfte analog ebenso. Wir haben 54 Schulen, angefangen mit 6 Schulen, kleinteilig. Anfangen ist hier die Devise.

Ganz am Anfang gab es die Frage zur Armutssensibilisierung. Wenn wir bestimmte Strukturprobleme nicht angehen, dann werden aus den Problemen irgendwann Katastrophen. Wir sind in einer Zeit, wo wir vielfach in einer absoluten Krise sind und die Mittelschicht auch sehr betroffen ist, hier auch die Alleinerziehenden. Wir versuchen unser Möglichstes, den Folgen von Armut zumindest zu begegnen. Wir versuchen in den Bezirken das, was wir können. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Koordinatoren in den anderen Bezirken eingesetzt werden und ich aus Lichtenberg heraus auch Pendant hätte, die es bisher von meiner Seite überhaupt nicht gab. Ich bin jetzt seit vier Jahren dabei. Lichtenberg hat sich bereiterklärt, sogar noch eine zweite Stelle einzusetzen. Wir haben nächste Woche Auswahlgespräche. Wir sind gut aufgestellt. Es gibt ein politisches Bekenntnis, und ich wünsche mir, dass es in den anderen Bezirken und auch beim Senat ebenso in die Tat umgesetzt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank an alle Anzuhörenden für ihre Beiträge, aber auch für das konstante Betätigen in der Diskussion! Es ist sicherlich nicht das letzte Mal, dass wir darüber gesprochen haben. Wir werden heute die Tagesordnungspunkte 2 a und b vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden konnte. – Sie sind mit sehr herzlichem Dank für Ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung entlassen. – [Allgemeiner Beifall]

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0210
Sprache ist der Schlüssel zur Welt – Sicherung und Fortführung des Programms der „Sprach-Kitas“ [0052](#)
BildJugFam
- b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0456
Frühkindliche Sprachförderung ist extrem wichtig: Sprach-Kitas dauerhaft finanziell absichern! [0086](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„Seelenprügel“? – Fehlverhalten und Gewalt durch pädagogische Fachkräfte in Kitas [0008](#)
(auf Antrag der AfD-Fraktion) BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.